

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 1800 M., für das übrige Ausland 2000 M. Postbezugspreis 2000 M. ...

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 63, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 30. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 63, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzahl: alle Briefe 1200 M., Kleinanzeigen 6000 M.
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 375 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 63, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Das Fiasko der Ruhraktion.

Reiseindrücke eines französischen Sozialisten.

Paris, 29. März. (W.T.B.) Der sozialistische Abgeordnete Uhr y, der jüngst von einer Reise nach Mainz zurückgekehrt ist ...

Siegler und von Liebertassel, ferner die Landräte von Heinsberg und von Witt, der Chefredakteur der „Westdeutschen Tageszeitung“ ...

Frankreichs Feldzug gegen die Bahnhöfe.

Münster, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die heute morgen besetzten Bahnhöfe Löttringhausen, Hörde-Hagenen, Hörde- ...

Revision im Landauer Urteil.

Ludwigshafen, 29. März. (W.T.B.) Gegen die Beurteilung des Eisenbahnbetriebsinspectors Gottfried in Ludwigshafen zu ...

Belagerungszustand in Godesberg.

Godesberg, 29. März. (W.T.B.) Ueber Godesberg ist aus bisher unbekanntem Gründen der Belagerungszustand ...

Keine Wareneinfuhr mit Besatzungshilfe!

Unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers stimmte der Reichsrat am Donnerstag einer Verordnung der Reichsregierung ...

Die Stimme der Wahrheit unterdrückt.

Köln, 28. März. (W.T.B.) Der kommandierende belgische General in Aachen hat für die Bräutungsköpfe Düsseldorf ...

Ein Befehl der Besatzungsbehörde verbietet das „Volksblatt“ in Bochum vom 28. März bis 4. April. Unser Parteiorgan ...

Auch die sozialdemokratische „Freie Presse“ in Höchst wurde von den Besatzungsorganen wiederum auf 14 Tage verboten.

Die „kommunistische Arbeiterzeitung“ in Duisburg ist seitens der französischen Besatzung vom 27. März bis 3. April verboten worden.

Die Pariser Sozialistenkonferenz.

Paris, 29. März. (W.T.B.) Die Konferenz von Vertretern der englischen, französischen, italienischen und belgischen Sozialisten ...

Asquith widerstrebt der liberalen Einigung. Asquith hat die Einladung des liberalen Verbandes von Leeds, gemeinsam mit Lloyd George an einem Frühstück teilzunehmen, abgelehnt.

Rosbach & Co.

Berichtlagene Aufmarschpläne.

Die Bildung eines sozialdemokratischen Ordnungsdienstes in Leipzig, über die wir im Abendblatt berichteten, gibt der Rechtspresse einen willkommenen Anlaß, über die „Bildung einer roten Armee“ zu fabulieren. ...

Vor allem darf man nicht außer Betracht lassen, daß es sich bei diesen proletarischen Schutzorganisationen in Sachsen und Thüringen um waffenlose Gemeinschaften handelt. Sie sind deshalb in keiner Weise den jetzt von Generring verbotenen deutschvölkischen Berschwerdentruppen vergleichbar, die ein über das ganze Reich geponnenes Netz von militärisch aufgezugenen und zum gewalttätigen Kampf gegen die bestehende Staatsform bereiten Formationen darstellen. ...

Der „Völkische Soldatenbund“, der einen Teil der Deutschvölkischen Freiheitspartei bildet, ist nichts anderes als der aufgelöste „Verband nationalgeringster Soldaten“, der nur unter anderem Namen, aber unter denselben Vorstandsmitgliedern und zum Teil mit denselben Mitgliedern weiterarbeitet. ...

Bei der in Wannesee aufgehobenen, als „Geburtstagsfeier für Herrn Lettenborn“ ausgegebenen Zusammenkunft, an der auch Reichsmehrere teilnahmen, hat Rosbach ganz offen mitgeteilt, daß es sich darum handele, der bevorstehenden Auflösung aller Schutzorganisationen unter Umständen mit Gewalt Widerstand zu leisten und zu diesem Zwecke die „wohlwollende Neutralität“ der Reichswehr erbeten.

Ein in Pommern verhafteter ehemaliger Offizier, der dort die als „Arbeitsgemeinschaften landwirtschaftlicher Arbeiter“ aufstretenden Geheimorganisationen kommandiert, hat gar kein Hehl daraus gemacht, daß nach seiner Meinung spätestens bis Mitte April der große Schlag erfolgen würde. Seine Arbeitsgemeinschaftler wurden entsprechend informiert. Pommersche Agrarier aus dem alten Adel waren die Vertrauensleute dieses „Arbeitsgemeinschaftlers“, aber sie pflegen, wie er verriet, ihre Söhne vorzuschicken, damit man ihnen selbst wegen Verheimlichung von Waffenlagern nichts am Zeuge flücken kann.

Wie in Pommern, so in Schlesien, Hannover, Westfalen und anderen Provinzen. Bei einem verhafteten Verführer, der früher den Rang eines Stabsoffiziers bekleidete,

Frankreichs Ruhrkohlenförderung.

Paris, 29. März. (W.T.B.) Gegenüber den Erklärungen de Trocqueurs vom 19. März, wonach die Sendungen von Ruhrkohle am Ende der letzten Woche 2500 bis 3000 Tonnen pro Tag ...

1. Die Kohlenverteilungsstelle erhielt vom 1. bis 21. März insgesamt nicht mehr als 6000 Tonnen Ruhrkohle. 2. Seit dem 21. März ist eine Besserung auf der Basis der täglichen Gesamtlieferung von 1000 Tonnen zu verzeichnen. Die Transporte sind beschleunigt und kommen 3/4 Tage nach Abgang von der Ruhr an der französischen Grenze an. Die Bestellung von Arbeitern einzelner Werke für den Abtransport des Ruhrkohles ist von der Kohlenverteilungsstelle für das mit dem Abtransport beauftragte Office des Houilleries sinistrees organisiert.

Dasselbe Blatt meldet noch folgendes: 1. der belgische Rots ist bei der Kohlenverteilungsstelle noch nicht wieder eingetroffen, wird aber erwartet.

2. Wie bekannt ist, befinden sich noch beträchtliche Bestände von Gußeisen in den Fabriken des Ruhr- und des linksrheinischen Gebietes, die vom übrigen Deutschland durch eine Zollsperre getrennt sind. Wir glauben zu wissen, daß man dabei ist, Mittel und Wege zu finden, um die Auslieferung dieser Bestände an Frankreich zu erwirken.

Drei Sozialdemokraten ausgewiesen.

Triest, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre Tiej und Nonn und der sozialdemokratische Parteisekretär Karl Weiß sind aus Triest ausgewiesen worden.

Koblenz, 29. März. (Rb.) Die SPA hat neuerdings ausgewiesen: 350 Zollbeamte mit sofortiger Wirkung, darunter allein 273 aus Aachen und 26 aus Cleve; ferner sind ausgewiesen worden: die Bürgermeister von Montabaur, von Heinsberg, von



wurde neben anderen Materialien ein vollkommener Plan für den Depeschendienst zwischen Wien, Leipzig, Passau, München, Berlin und Breslau vorgefunden und auch die Chiffrenamen für die Leiter des neuen Postfaches. Daß dabei auch der aus den Kapptagen hinlänglich bekannte und noch immer starkbedrückte Oberst Bauer eine Rolle spielt, wird niemand wunder nehmen, der die Betriebsamkeit dieses „besorgten Patrioten“ verfolgt hat. Unter den militärischen Plänen, die man bei den Hausdurchsuchungen fand, befindet sich auch einer, dessen Existenz wir bereits andeuteten und der nichts weniger als eine militärische Zernierung Berlins und die „Vortragung des Angriffs“ von der Havelseite aus vorsah!

Diese ganz planmäßigen, von abgedankten Offizieren der alten Armee betriebenen Vorbereitungen zum gewaltsamen Vorschlagen gegen die bestehende Staatsform in eine Reihe zu stellen mit den waffenlosen Abwehrorganisationen sozialdemokratischer Arbeiter ist so absurd, daß nur die um andere Ausrufen verlegenen journalistischen Helfer der Rutschisten auf diesen Einfall kommen können. Viel ernster und dringender ist die Frage, welche Maßnahmen in der Reichswehr getroffen werden, um das selbsttätige Vorgehen einzelner Kommandostellen zu verhindern, das praktisch auf eine Begünstigung des Verschwörertums hinausläuft. Es wird z. B. erzählt, daß Abgesandte Kossbachs bei einzelnen Truppenkommandeuren vorgeprochen und um die Entsendung von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren zu jener „Geburtstagsfeier“ in Wannsee ersucht hätten. Die bei der Aufhebung betroffenen Offiziere sollen tatsächlich im Auftrage ihrer Kommandeure teilgenommen haben. Wenn das wahr ist, so erhebt sich die Frage, was mit den Kommandeuren geschieht, die auf Einladung eines Privatmannes ihnen unterstellte Offiziere, sagen wir von Meidenburg nach Bamsee schickte, damit sie sich dort bei einer „Geburtstagsfeier“ einen Vortrag des Privatmanns Kossbach anhören. Es wird nicht viele Leute in Deutschland geben, die so leichtgläubig sind, anzunehmen, daß etwa Regimentskommandeure des kaiserlichen Heeres einer Einladung August Bebel's zu einem Vortrage über die Pflichten der Armee Folge geleistet hätten.

Nur die innige Verbindung der früheren Offiziere mit ihren ehemaligen Kameraden, die jetzt der republikanischen Reichswehr angehören, kann solche Absonderlichkeiten erklären. Und nur die Hoffnung, bei diesen Kameraden gegebenenfalls Rückendeckung und sonst noch einiges zu finden, läßt den Wagemut der Verschwörer begreiflich erscheinen. Mit der Auflösung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ und der Unschädlichmachung der entdeckten Konspiratoren in Preußen darf es daher nicht genug sein. Es muß eine ganz klare Entscheidung darüber getroffen werden, ob Reichswehroffiziere, die bisher zu den Selbstschußorganisationen in irgendwelcher amtlicher oder privater Beziehung gestanden haben, noch weiter im Dienste zu belassen sind. Fast will es scheinen, als ob die besten Absichten des Reichswehrministers vielfach durch ihm unterstellte Militärbehörden durchkreuzt und in ihrer Wirkung aufgehoben würden.

Man muß sich darüber klar sein, daß der Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus, wie er im Ruhrgebiet unter den schwersten Opfern der Bevölkerung geführt wird, auf das ernsteste gefährdet wäre, wenn die Ueberzeugung allgemein würde, daß im Rücken der Ruhrkämpfer nicht nur politische Desperados, sondern auch Teile der Wehrmacht um das Schicksal des Reiches spielen. Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern gegen die Geheimorganisationen stärkt das Vertrauen zur Republik und damit auch den Abwehrwillen an der Ruhr. Wir erwarten, daß die Reichsregierung und besonders der Reichswehrminister in dieser Hinsicht an Energie nicht hinter Preußen zurückstehen werden. Sie könnten damit vor allen Dingen auch der Regierung in Bayern ein gutes Vorbild geben, die noch immer dem Treiben der Hitlergardien untätig zuschaut.

## Bayerische „Notpolizei“.

### Herr Schweger und die Völkischen Verbände.

Das Verordnungsblatt Nr. 2 des Bundes „Oberland“ vom 6. Februar 1923 berichtet unter A. 2 folgendes: „Um alle noch bestehenden Zweifel zu beheben, wird mitgeteilt, daß der Herr Minister des Innern Dr. Schweger ausdrücklich erklärte, daß der Bund „Oberland“ E. B. anfänglich seines Anschlusses an die Notpolizei München mit der Organisation der Notpolizei im gesamten Freistaat (Bayern) beauftragt wurde. Er erklärte ferner ausdrücklich, daß der Bund Bayerisches Reich von Seiten des Ministeriums des Innern an der Aufstellung der Notpolizei nicht beteiligt wäre. Ausführungsbestimmungen gehen den Kreisstellen (des Bundes) zu, sobald die Arbeiten abgeklügelt sind.“

Des Heiliges Kind der Bund ist, geht aus Nr. 3 seines Verordnungsblattes vom 17. Februar 1923 hervor, in dem mitgeteilt wird, daß sich die Verbände Bund Oberland, Gauverein Niederbayern mit Jagdstadt und Eichstätt, Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Reichsflagge und Bayerländische Bezirksverbände München (Organisation Uella) zu einem Kartell zusammengeschlossen haben, der tatsächlichen nationalen und aktivistischen Macht in Bayern. Ihr Organ ist der „Heimatland“, Verlag München. Für den 28. März hat der Bund durch Verordnungsblatt 4, herausgegeben am 1. März 1923, eine Führerziehung nach Mittelranken einberufen. Tagungsdauer vom 29. März bis 2. April auf Schloss Hohenegg bei Inshelm. Für jeden der genannten Tage sind militärische Übungen unter Leitung des Hauptmanns Kutzler vorgesehen.

## Die kommende Getreidewirtschaft.

In einem Aufsatz, der von der ganzen bürgerlichen Presse abgedruckt wird, schildert Reichsminister Dr. Luther die Aussichten der Getreidewirtschaft und der Brotversorgung im nächsten Erntejahr. Seine Mitteilungen enthalten gegenüber seinen Darlegungen im Reichstag nicht viel Neues. Die Reichsregierung beabsichtigt, eine Reserve von 3½ Millionen Tonnen Getreide aufzubringen zur Versorgung der Minderbemittelten und zur Regulierung des Marktes. Im übrigen aber wird die freie Wirtschaft eingeführt werden. Die Ausführungen Dr. Luthers enthalten eine wichtige Feststellung, daß die Reichsregierung eine Verbilligung des Brotes für die Minderbemittelten nur durch die Belastung des gesamten Besitzes herbeiführen wird.

In der Tat lassen die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag nur noch den Schluß zu, daß der Bürgerblock die freie Getreidewirtschaft durchsetzen wird. Die Sozialdemokratie verlangt bekanntlich den Erlaß des bisherigen Umlageerfahrens durch ein anderes in der Absicht der Produktionsförderung geschaffenes System, indem das Umlagegetreide mit Stickstoff bezahlt werden soll, um so eine ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit diesem wichtigen Dünger zu ermöglichen und die Volksernährung mittels der heimischen Produktion auf eine breitere Grundlage zu stellen. Sie wird davon nicht ablassen, diesen Gedanken zu vertreten, weil sie darin die einzige Gewähr dafür sieht, daß mehr Lebensmittel erzeugt werden. Eine derartige Garantie gibt die freie Wirtschaft nicht. Wird sie trotzdem eingeführt, so werden die bürgerlichen Parteien, auf die sich die Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik stützt, die Verantwortung dafür tragen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ knüpft an die Ausführungen Dr. Luthers die Bemerkung, daß auch die Nichtbesitzer zur Verbilligung des Brotes herangezogen werden sollen, indem sie den Brotzuschuß von „allen Leistungsfähigen“ verlangen. Hier wird wieder der verkappte Versuch gemacht, die Last der Brotverbilligung auf diejenigen Kreise abzuwälzen, die ohnehin schon unter der Teuerung namenlos leiden: die Arbeiterklasse und die Angestellten, obwohl nachweislich die Löhne noch weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleiben und die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist. Trotzdem besteht es die agrarische Agitation,

diese Kreise als leistungsfähig hinzustellen. Dagegen ist auf das schärfste Einspruch zu erheben. Der Versuch, die Kosten der Brotverbilligung auf diejenigen aufzubringen zu lassen, die selbst das billige Brot brauchen, kennzeichnet die Opferfreude des agrarischen Besitzes und soll nur dazu dienen, unter dem Deckmantel der Belastung leistungsfähiger Kreise die Entlastung des Besitzes von Steuern herbeizuführen.

## Dollaranleihe und Markstützung.

Das Ergebnis der Dollaranleihe bleibt mit einem Zeichnungsbetrag von 50 Millionen Goldmark wesentlich hinter den Erwartungen zurück, die man an sie knüpfen mußte angesichts der Tatsache, daß die Devisenbestände der deutschen Wirtschaft fraglos um ein Vielfaches größer sind als der geforderte Betrag. Das Zeichnungsergebnis ist eine starke Anklage gegen Industrie und Handel, die es unterlassen haben, dem Reiche in seiner größten Not ihre nicht unbedingt notwendigen Devisenvorräte zur Verfügung zu stellen.

Auch die Tatsache, daß Deutschland jetzt eine bürgerliche Regierung hat, in der Wirtschaftler vom Schlage des Herrn Dr. Becker maßgebend sind, hat auf das Verhalten der Devisenbesitzer nicht den geringsten Einfluß gehabt.

Es hat keinen Sinn, wenn man darauf verweist, daß der drohende Einspruch der Reparationskommission gegen die Dollaranleihe des Reiches die Stimmung der Anleihegezeichneten beeinträchtigt habe. Den Banken war bekannt, daß, nachdem die Reichsbank einmal auch autonom geworden war, sie auch zur Mitbürgschaft herangezogen werden konnte und schon dadurch eine ausreichende Gewähr für die Sicherheit der Anleihe vorlag.

Aber auch in der Organisation der Anleihe wie in ihrer Durchführung sind wesentliche Mängel zutage getreten. Die schmerzliche Erfahrung hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie durchaus recht hatte, als sie verlangte, daß eine wertbeständige Anleihe zusammen mit anderen Maßnahmen zur Beschränkung der Devisenspekulation erfolgen müsse. Statt dessen kam die Devisenanleihe erst vier Monate nach der Devisenverordnung. Dann aber hat die Reichsbank entgegen dem Interesse der Anleihe gearbeitet, als sie, dem Drängen des Großhandels nachgebend und in zu weitgehender Rücksicht auf einzelne Industriekreise die Krediteinrichtungen gelockert hat und so es den Privatbankern ermöglichte, zu derselben Zeit Mark gegen fremde Devisen zu verkaufen, wo sie selbst Devisen kaufte, um die Mark zu stützen. Das muß jetzt anders werden. Die Stützungsaktion der Mark ist durch den Beschlag der Devisenanleihe keineswegs gefährdet. Dadurch, daß die Banken sich zur Abnahme von mindestens hundert Millionen Goldmark verpflichtet haben, wird immerhin ein erheblicher Betrag an fremden Zahlungsmitteln dem Zentralnoteninstitut zufließen; außerdem hat es die Möglichkeit, mit seinem Gold zugunsten der Mark zu arbeiten. Aber diese Stützungsversuche müssen nutzlos bleiben, wenn man nicht unter allen Umständen die Kredite, die das Hamstern von Devisen und mit Devisen erkaufte Importwaren ermöglichen, auf das äußerste Maß zurückschraubt.

Die Reichsbank, die nun seit Jahren zum ersten Male einen zöghaften Versuch gemacht hat, ihre Aufgabe, die Aufrechterhaltung der Währung, zu erfüllen, sonst aber nur zufah, wie die Währung sich verschlechterte, ist und bleibt dafür verantwortlich, daß die Stützungsaktion gelingt. Sache des Reichswirtschaftsministeriums wird es sein, darauf zu dringen, daß die notwendigen Maßnahmen auch durchgeführt werden.

**Cenin.** Das neueste Bulletin führt die erhöhte Temperatur auf Verdauungsstörungen zurück. In den Lungen und übrigen inneren Organen sind keine Veränderungen festgestellt.

**Amerika für die Moskauer Verurteilten.** Das Staatsdepartement hat die amerikanische Botschaft in Berlin angewiesen, der Räteregierung mitzuteilen, daß sie ernstlich hoffe, daß das Leben der beiden zu Tode verurteilten hohen Geistlichen gesichert werden würde.

## Ein Großer und sechs Kleine.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Das Osterfest ist der Gipfel der Musikwochen. Von da beginnt der sommerliche Abstieg. Das Wesentliche ist nun erfüllt, das Rad beginnt sich langsamer zu drehen. In Jahrzehnten hieß der künstlerische Abschluß: IX. Sinfonie. Ritsch hatte hier, die Philharmoniker und der Orchesterchor ihren größten Triumph. Namen wandern sich, das Ding bleibt. Auch Furtwängler schließt mit der IX. Sinfonie. Der Jubelchormusik, in dem er Orchester und (Mittel-)Chor ausklingen läßt, treibt Herzen und Hände zu Beifall, zum Dankgebet an den Interpreten.

Ein Werk von gleichem Riesenwuchs, wie die IX. Sinfonie: Bachs Matthäus-Passion. Die Nordsee bringt dieses unerlöschliche (und streichlos kaum durchführbare) Monumentaldrama gleich an vielen Stellen heraus, leider auch durch ganz Unberufene. In einer solchen Musik sollte man Jahrzehnte vorarbeiten, man sollte die erste Aufführung nicht eher wagen, als bis man hundertmal im Geiste das Werk ausgeführt hat. Der Dratorien-Verein Steinhagens wagte es. Und es gelang in den irdischen Partien, in den Chören und schließlich (mit Rose Walter, Rissen u. a.) recht gut. Was noch zu fehlen scheint, ist die ganze aufbauende, hinreißende, wogende-lebendige Dramatik. Man fühlt Wehmut und Gottesfurcht, wenn Dirigent und Sänger eine jaghafte Frage aufwerfen; aber man vermisst den Kontrast dazu, den Unmut, die Einstellung auf das geistliche Schauspiel. Das wird herausgearbeitet werden müssen. Die guten Fundamente sind gelegt.

Wer sich in Berlin als Dirigent einführen will oder wer der Halbkennterschaft die Freude des Wiedererkennens verschaffen will, der setzt auf das Programm die Namen Brahms und Tschalkowsky. Werner F. v. Siemens also dirigiert die IV. Brahmsische, die VI. Tschalkowskysche Sinfonie. Die korrekte Haltung des Dirigenten, sein sachliches Handeln läßt kaum erkennen, wie ihn das Werk, wie er das Werk anpackt. Er läßt es wohl mehr oder weniger abrollen, in dunkler Ahnung unergänzlicher Schönheit, ohne zu stören, aber auch ohne zu bilden. Es bleibt alles niedlicher, in philharmonischem Anstand, bloß und einstudiert. Die Einzelphrasen der hingebungs-vollen Klage, wie der energiegelichen Abwehr verliert sich ins Unerlebte, wenn nicht nebelhaft uninteressiert. Die Intensität des Fühlens drömt nicht auf Musiker und Hörer; wenn Siemens größere Empfindungskomplexe in sich mobilisieren lernt, dann kann er bei seiner ausreichenden technischen Geschicklichkeit ein Dirigent werden.

Erst Bingoud ist schon einer, soweit man es noch einem Konzert eigener Kompositionen beurteilen kann. Er weiß seinen Willen in fühlbaren Ausdruck umzuwandeln. Seine Werke tragen alle den nicht zu unterschätzenden Stempel des Unterhaltlichen, Gefälligen. Er ringt kaum mit einem Stoff, aber er gestaltet ihn doch künstlerisch, das geistige Problem einer Sinfonie mit Durchdringung und Formgefühl ist seinem schnellen Klangerleben fremd; er schüttet wechselnde Einfälle schnell in einen einzigen, vorsichtig und knapp gegliederten Satz. Er improvisiert eigentlich mehr, als daß er durch- und zu Ende komponiert. Nach kurzen Schrittsätzen komponiert er in das bunte und reizvolle, wenn auch unfilterte Orchester hinein einen plötzlichen Riesenpunkt, eine Interjektion, beendet die kaum

begonnene Abenteuerlichkeit eines Ritters ohne Furcht und Tadel mit Frage- und Ausrufungszeichen. In heiterem und leichtem Gedicht wirkt ihn der Programmatiker Don Ricardo Strauß aus dem Sattel. Gefährliches Spiel, sich in die Höhe des Urdraachenlärns zu wagen. Die Unterhaltung mit Bingoud hält Niveau. Ein moderner Illustrator mit Sinn für wichtige Pointen und eigenartige Klangunterstützungen. Sein drittes Klavierkonzert von Kreutzer, virtuos hingelegt, belastet keines Denkers Gehirn, ist dankbar im Spiel und Ausdruck, unkompliziert im Rhythmus und von eingängiger, mäßig gewählter Sprache.

Alexander M. Schnabel aus Riga hat Logur-Lieder geschrieben. Ein Jaktus gleichförmiger Hymnen ist in gleichförmige, harmonisch freie und seine musikalische Gebilde umgekehrt. Eine schwerblütige Elegie und eine weise gemordene Liebe zu Gott geben dem Klang seine Eigenart und Symbolik, das Unpersönlich-Objektive führt die Temperatur, und wenn endlich das hohe Lied hinbrausen soll, so wird aus Spannung nur ein Reigen geboren. Und die Freude, „still in Tränen“ ruhend, verliert ihre Gottähnlichkeit. Das höchst talentierte Werk fand in Maria Clelia eine feingestimmte, schonklingende Interpretin. Man begnügt ihr viel zu selten.

Der Fall Rudolf Braune grenzt an die Komik. Etwas so: ein Kurzschlitzer fragt seinen Nachbarn: „Du, ich kann nicht sehen; sag, geht er oder bläst er?“ Nun, er knabbert, Gaumen und Nase hört du in jedem Ton, nur von den Spiegeln der Tonbildung, von den Wipfeln der Musikalität keinen Hauch. Dabei eine Bombenstimme, ein heldischer Tenor. Hätte er nur singen gelernt, wüßte er nur, was Takt, was Atem, was musikalischer Ausdruck ist, wie ein Vorkämpfer genommen, Register gewechselt, ein crescendo eingeleitet wird! Schade um dies jammervoll mißbrauchte Instrument. Der Begleiter Borchgarn verpaßte alles.

**Theater am Kurfürstendamm: „W. U. R.“ von Charol Cappel.** Charol Cappel, einer von den schicksaligen Brüdern, die das symbolische Intellektendrama gedichtet haben, fragt sich, was ungefähr um das Jahr 2000 sein würde. Und er löst die Frage auf geistreiche Art: Die Menschen lernten Maschinenmenschen wie Fabrikware herzustellen. Sie kneteten, Kondurrenten des lieben Gottes, ihre Arbeitsmaschine, die einer Kreatur des Schöpfers nicht unähnlich ist. Sogar Gehirn und Tact sind vorhanden. Nur der moralische Sinn fehlt. So kommt es, daß diese Menschenmaschinen, natürlich in Amerika fabriziert, reichenden Absatz finden. Ein Paradies lögt an. So ist zunächst der Menschenglaube. Aber der Mensch ist eine Bestie und er braucht eine Erfindung zum Nordan. Bis die Maschinenmenschen eines Tages entdecken, daß ihre Erzeuger ihre bösesten Feinde sind. Die Maschinenmenschen töten die Gottmenschen bis zum letzten aus. Nur einer blieb übrig, ein guter, ein schwärmerischer, der schreit nun verzweifelt, daß die Erde doch neu bevölkert werden müsse von der Phantasie und dem Wahn und dem Weinen der Menschen, daß die Empfindungen nicht aussterben dürfen. Es geschieht durch irgendein Wunder, denn siehe, ein Maschinenmensch, der einem Weibe gleicht, und ihr Gegenstück, der männliche Jüge trägt, finden sich. Sie sind in Gefahr, zu sterben. Sie wollen leben, das bedeutet, sie wollen zeugen. Und da sie zeugen wollen, sich fortpflanzen und Nachwelt begründen, haben sie die Maschine in sich überwunden, Menschen sind sie wieder geworden. Cappel nennt den Maschinenmenschen den

Robot, sein Erfinder ist Herr Berdanase, sein Patent ist der Berdanase-Universal-Robot, plakatmäßig abgefürzt „W. U. R.“ Das ist der Sinn dieses Stückes.

Ist es nun ein geistreicher Sinn? Ach, es ist doch nur ein Gedankensplitterchen! Auch dann, wenn einer von den symbolischen Brüdern allein auftritt, bleibt er ein recht platter Herr. Die Theorie des Stückes wird im Prolog abgehandelt. Aus Europa erscheint ein neugieriges Fräulein, dem der Generaldirektor der Robot-Fabrik den Schwindel erklärt. Und man merkt sogleich, daß die beiden Liebsteine werden. Dann aber geht es drei Akte lang zu wichtig, zu spitzig, zu ausgeklügelt und doch ziemlich gebunden an allgemeine Spielbürgerlichkeit weiter. Charol Cappel hat einen guten Einfall, dann verlassen ihn die Götter. Ein Feuilleton ist kein Drama. Ein Drama kann zum Feuilleton werden.

Herr Stahl-Nachbaur war der Generaldirektor des Unternehmens, eher ein zärtlicher Liebhaber als ein Beherrlicher des robotarischen Geheimnisses. Konrad Beidi spielte mit einer an ihm nun verfeinerten Manier des allzu Edigen, des kintipisch Grauzigen den Baumeister der Menschenmaschinenfabrik. Liebende Frau unter diesen kalten Herzen und Köpfen muß Maria sein sein. Sie ist eine strenge Künstlerin, sie neigt zur Tragödie, sie muß sich aber als eine Solodame geben. Es sei zu ihren Gunsten gesagt, daß sie auch weiche Töne und ein angenehmes Lächeln findet. Max Hochdorf.

**Ueber Helgoland,** das jedem, der es einmal gesehen, unaussprechlich in der Erinnerung bleibt, wurde in der Urania ein interessanter Vortrag gehalten. Dieses Eiland der Urzeiten den Wogen des Nordmeeres preisgegeben, wurde schon 1000 v. Chr. von Menschen bewohnt. Durch Bitterungseinflüsse und Meeresbrandung wurden die Felsen verkleinert. Ramentlich ist die Westküste stark zerklüftet. Vergleichsarten von 1845 und 1889 zeigten deutlich den Landesverlust. Bis 1720 war die Düne mit dem Unterlande verbunden, am Neujahrstage 1721 aber wurde sie durch eine Sturmflut für ewige Zeiten vom Mutterlande getrennt. Helgolands Leuchtfeuer, zuerst ein Kohlenfeuer, ist jetzt ein drehbares elektrisches Bogenlicht, das keine Strahlen bis nach Lughaven sendet. Im vorigen Jahrhundert war der Fischfang noch recht ergiebig, und es wurden Fänge von 50 000 Schellfischen gemacht. Doch der Fischreichtum der Nordsee ging erheblich zurück; jetzt lobnt sich bei Helgoland nur noch der Hummerfang. Dieses Nordsee-Eiland hat auch seine Bedeutung als Raub- und Hubepiel vieler Wandervögel. Sogar Irggäste, die in Nordamerika und Sibirien beheimatet sind, beobachtete man auf Helgoland. Eingehend sprach der Redner von dem Kriegshafen, der in unendlichem Fleiß dem Meere abgerungen wurde. Vant Friedensvertrag von Versailles mußte er reslos zerstört werden. — Nun ist also Helgoland wieder das friedliche Seebad, als welches die Deutschen es von den Engländern übernahmen. Die alten Fischerfamilien, die am Tage der Kriegserklärung auf ein Nachwort der deutschen Regierung die Felseninsel räumen mußten, sind wieder in ihre Heimat gezogen und gehen auf Fremdenfang aus. Und Leute, die es sich erlauben können, besuchen als Tages- oder Kurgäste Helgoland. Auf dem ehemaligen Festungsgebäude weiden Esafe, und der Wald von Warnungseisen, die anflügeligen Photographieren und Zeichnen verboten“, ist auch wohl verschwunden. Der Sammler wird höchstwahrscheinlich sogar einen Stein aufheben dürfen, ohne daß ein Militärposten einen Spion in ihm wittert. e. h.



## Berlepsi.

### Zu seinem 80. Geburtstag.

Das achte Lebensjahrhundert vollendet in diesen Tagen Freiherr v. Berlepsch, der einst als Wilhelms Sozialminister eine neue soziale Ära einleitete und dann über die Widerstände stolperte, die ihm das reaktionäre Unternehmertum bereite. Fast wie eine Kunde aus einer untergegangenen Welt mußt heute die Erinnerung an jene Kämpfe an, die sich zu Anfang der neunziger Jahre um sozialpolitische Maßnahmen und Notwendigkeiten abspielten. Wilhelm II. stand nach im Zenith seines Talendranges. Er hatte das Wort geprägt, daß man ihm die Sozialdemokratie nur überlassen sollte, er würde schon allein mit ihr fertig werden. Und um dieses, sein Selbstbewußtsein, praktisch zu erweisen, begann er jene sozialpolitische Periode, als deren Repräsentanz der frühere Oberpräsident des Rheinlandes, Freiherr v. Berlepsch, in die Arena trat.

Berlepsch war zweifellos vom besten Willen besetzt. Er hatte die Notwendigkeit erkannt, gegenüber dem ins Ungeheure wachsenden Industrialismus durch staatliche Maßnahmen der Berechtigung der Arbeiterschaft zu begegnen. Mit großem Eifer und liebensvoller Hingabe widmete er sich dem schwierigen Auftrage, den „Herren im Hause“ der Industrie sozialpolitische Reformen abzulockern. Es entsprach aber nur der tatsächlichen Machtverteilung, wenn ihm die Ausföhrung dieser Absichten nur zu einem mehr als bescheidenen Teile gelang und nicht ohne daß er den auf ihre Macht poehenden Industriekapitalen Konzeptionen machen mußte. Um sie günstig zu stimmen, mußte er sich bereit finden, Beschränkungen der Konfessionsfreiheit der Arbeiter vorzuschlagen. Aber selbst diese Bereitwilligkeit genügte nicht, um den Jörn derer zu befähigen, die durch jede sozialpolitische Maßnahme des Reiches sich in ihren Herrenrechten geschmälert fühlten. Und als Berlepsch 1896 über die Bäckereiarbeiterschaft für die einen nur allzu unzulänglichen Schutz der Bäckereiarbeiter anstrebte, da konnte der Führer des Zentralverbandes der Industriellen frohlocken, daß sie „endlich den Herrn v. Berlepsch klein bekommen“ hätten.

Und Wilhelm, der mit einer sozialen Fanfare begonnen, blieb sobald die Schamade des Justizhausgesetzes, das ganz den Einflüsterungen jener Kreise entsprach, die auch den Sturz des Sozialministers herbeigeföhrt hatten. Herr v. Berlepsch hatte sich nach seinem Rücktritt ganz der sozialpolitischen Propaganda gewidmet. Als Vorsitzender der „Gesellschaft für soziale Reform“ hat er sich große Verdienste erworben, indem er die Notwendigkeit der Sozialpolitik breiten Schichten des Bürgertums zum Bewußtsein brachte. Er war nicht Sozialdemokrat, aber ein Mann, der lange vor den meisten seiner Klassegenossen die Bedeutung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß und damit im Staatwesen erkannte. Unter schweren Anfeindungen aus seinen eigenen Kreisen hat er lange zu leiden gehabt. Er hat aber dadurch sich nicht beirren lassen. Und seinem unermüdbaren Werben gelang es, auch die Gewerkschaften für die Arbeit der „Gesellschaft für soziale Reform“ zu gewinnen. In seinem Lebensabend denken daher auch viele Arbeiter, die seiner Tätigkeit nahestanden, seiner in Hochachtung und teilen die Wünsche, die ihm von seinen Freunden entgegengebracht wurden.

Der Reichspräsident hat an den Staatsminister a. D. Freiherrn v. Berlepsch, den Ehrenpräsidenten der Gesellschaft für soziale Reform, der gestern seinen 80. Geburtstag beging, das folgende Glückwunschsgramm gerichtet:

„An Ihrem heutigen Geburtstage gedenke ich mit aufrichtiger Dankbarkeit Ihrer großen Verdienste auf dem Gebiete der sozialen Arbeit und spreche Ihnen meine herzlichsten Wünsche für Ihr ferneres Wohlergehen aus.“

Englische Parlamentarier für Ägypten. 97 Mitglieder des Unterhauses, die sich hauptsächlich aus Arbeiterparteilern, aber auch aus Liberalen und einem Konservativen zusammensetzen, haben ein Manifest über Ägypten veröffentlicht, in dem sie erklären, daß die Politik Balfours nicht glücklich sei und in dem sie darauf dringen, daß die Tatsache anerkannt werde, daß das ägyptische Volk die nominelle Abhängigkeit, die mit drückender militärischer Kontrolle und mit der Besetzung der wichtigsten Posten durch fremde Hand in Hand geht, verwerfe. Es wird gefordert, daß Jagul freigelassen werde, damit eine dauernde und befriedigende Regelung der ägyptischen Frage erzielt werden könne.

Eine verspätete Wagner-Premiere. Aus München wird uns geschrieben: Die Münchener Oper, seit dem Abgang Bruno Walters mit einzigem Richtertrauen bedacht, sah sich veranlaßt, einen Nachweis ihres Eifers zu erbringen und wählte dazu eine Neuheit, die mindestens ausmerkwürdiges Aufsehen herauszuföhren versprach: Richard Wagners „Liebesverbot“. Freilich stellte sich nachträglich heraus, daß es sich hier mehr um eine Kuriosität als um eine erspännliche Schöpfung handelte — aber es war immerhin etwas gesehen. So unbekannt ist diese zweite Jugendoper des 21jährigen Richard Wagner, daß selbst seine Verwandten nichts mehr von ihr wußten; man sah die Premiere für eine Uraufföhrung an, und mit Recht, obwar die musikalisch-ästhetischen Vorzüge daran erinnerten, daß das „Liebesverbot“ 1856 in Regensburg, übrigens mit unglücklichstem Erfolge und ohne jegliche Notiznahme seitens der Presse Wagner selbst schrieb sich die einzige Kritik einmal ausgeföhrt worden war. So zeigte das Nationaltheater auf dem Spielplan bescheidenlicher „Erstaufföhrung“ an. Tatsächlich ergab sich, daß diese Oper vom eigentlichen Wagner fast nichts lehrt und ein mehr psychologisches Interesse auslöst: sie ist an sich dramatisch und musikalisch von gleichmäßig geringer Bedeutung; eine „fomische Oper“ im Anfang an Hofmann und Wenzers stellt sie fast die Grenze der Operette; einfach in gefanglicher und orchesterlicher Gestaltung bewußt sie den freundlichen und heiteren, aus Schalepoppers „Wah für Wah“ entnommenen Stoff, aber sie greift keineswegs ins Grenzenlose und ruft das einzige Erstaunen hervor, wie und woraus ist Richard Wagner gewachsen!

Die Aufföhrung, mit äußerster Sorgfalt von Robert Hegen er eingerichtet und geleitet, verdiente alle Anerkennung; nur die bühnenbildnerische Unterstützung durch den Regisseur Wirt war zu gering. Indessen waren die Solopartien mit Kelly Herz, Friedrich Brodersen und der außerordentlichen Hermine Bosetti aufs glänzendste und glücklichste besetzt, der Chor wurde den an ihn gestellten hohen Anforderungen vollkommen gerecht, so daß der herrliche Erfolg durchaus verdient war. So Iherman.

Staatsmonopol für Autorenrechte in Rußland. Die Sowjetregierung hat das Autorenrecht für die Werke der bedeutendsten verstorbenen Schriftsteller Rußlands zu einem Staatsmonopol erklärt. Die Maßnahme betrifft die Werke auch solcher Schriftsteller wie z. B. Puschkin, Gogol usw., für deren Werke das Autorenrecht lange vor der Revolution erloschen war, sowie die Schriften Tolstois, die von Tolstoi selbst für den Nachdruck freigegeben worden waren. Das Volkskommissariat für Bildungswesen erhält das alleinige Recht, die Werke zu verlegen, kann jedoch dieses Recht an staatliche, genossenschaftliche und private Verlagsanstalten auf Grund besonderer Vereinbarungen abtreten. Die Erben der Schriftsteller, für deren Werke das Autorenrecht noch bestand, haben Anspruch auf Entschädigung auf Grund der einschlägigen Dekrete.

Staatsoper. Die heutige „Parität“-Aufföhrung beginnt bereits um 5 Uhr.

Diebstahl eines Gemäldes. Ein wertvolles Gemälde „Russische Mädchen“ von Alfred Waritzel, des H. Carlse 1930, Diebstahl auf dem 13. am April, 21.5 am hoch, in seinem geschlossenen Karren abgeholt, im Vorbeigehen aus den Ausstellungsräumen der Galerie „Luz u. Co.“ unter dem 21.5 am abgeholt worden. — Die beherrschende Meinung hat auf die Wiederbeschaffung des Gemäldes eine Belohnung ausgesetzt.

## Kommunistischer Parteiwirkwarr.

### „Konfuse Tendenzen“.

Ueber die Schärfe des Kampfes in der kommunistischen Partei äußert die „Rote Fahne“ ihre Besorgnis durch Totschweigen und durch frivole Berichte hinweg. Bezeichnend ist ein Bericht über eine Mitgliederversammlung in Köln, den die „Sozialistische Republik“ bringt. Nach Darstellung der Ausführungen der Referentin Ruth Fischer heißt es wörtlich:

„Die infraktiv wirkungslosen Ausführungen der Genossin Ruth wurden von den Mitgliedern mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion machten sich einige konfuse Tendenzen bemerkbar. Zwei Genossen glaubten die Haltung der Zentrale in der Frage der Arbeiterregimentierung in Sachen zu verteidigen zu müssen. (1) Die erdrückende Mehrheit der Versammlung stand jedoch hinter den Ausführungen der Genossin Ruth, die im Schlußwort die Argumente der beiden Genossen gründlich zerstückte. (2) Eine im Sinne des Referats der Genossin Ruth gehaltene Resolution wurde von den über 500 anwesenden Mitgliedern gegen 4 Stimmen angenommen.“

Wenn in irgendeiner sozialdemokratischen Mitgliederversammlung die ganze Versammlung sich auf den Standpunkt der Opposition gestellt hätte und die Anhänger des Parteivorstandes damit abgegan würden, daß man ihnen „konfuse Tendenzen“ nachsagte, in welcher sensationeller Aufmachung würde die „Fahne“ über eine solche Mitgliederversammlung berichten. Daß das in ihrer eigenen Partei an der Tagesordnung ist, verschweigt das kommunistische Zentralorgan wohlweislich. Die Abstimmung auf dem rheinischen Parteitag, wie das Ergebnis dieser Mitgliederversammlung in Köln, zeigt, daß die Stellung der Opposition in der SPD immer geschwächer wird. Nicht nur die Bezirke Berlin, Wasserkanal und Mittelrhein stehen geschlossen hinter der Opposition gegen die Zentrale, auch das Rheinland beginnt gegen den „Opportunismus“ zu rebellieren und die sächsischen Abmachungen konnten nur gegen eine Minderheit durchgeföhrt werden. So zweifellos es wäre, daraus vorläufige Schlüsse auf einen Zerfall der SPD. zu ziehen — die „Rote Fahne“ würde das natürlich sofort tun —, so sind diese Symptome doch außerordentlich wichtig und müssen bei der Beurteilung der Stärke und Leistungsfähigkeit der kommunistischen Partei genügend berücksichtigt werden.

## Die Groß-Hamburg-Frage.

Nach Meldungen Hamburger Blätter soll Breuhen die Absicht haben, in unmittelbarer Nähe des Hamburger Hafens einen eigenen großen Hafen zu bauen. Diese Mitteilungen zeugen, wie amtlich festgestellt wird, von mangelnder Kenntnis der Einzelheiten des preussischen Gesehentwurfes über die Ausschließung der Elbinsel Wilhelmsburg und sind irreföhrend. Der preussische Gesehentwurf sieht den Ausbau des Reiherrstieges und der Reiherr sowie den Bau eines Kanals quer durch den Ostteil der Insel vor. Der Ostteil der Insel ist durch die Bahnlinie Hamburg-Harburg vom festschiffbaren Wasser abgeschnitten und kommt daher für Wettbewerbssanagen gegen den Hamburger Hafen überhaupt nicht in Betracht. Es sollen dort auch nur Anlagen zur industriellen Ausschließung geschaffen werden.

## Schulwesen und Ruhrbesetzung.

### Sozialistische Lehrerkonferenz in Bielefeld.

Bielefeld, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine große Tagung sozialistischer Lehrer des Ruhrgebiets, die heute hier stattfand, beschäftigte sich mit den Einwirkungen und Gefahren der Besetzung auf dem Gebiete des Schulwesens. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Vor aller Welt erhebt die heutige Tagung der sozialistischen Lehrerschaft aus dem Ruhrgebiet, insbesondere des Einbruchgebiets, namens der Kultur in feierlichster Form Protest gegen die immer mehr um sich greifende Inanspruchnahme von Schulen durch die französisch-belgischen Besatzungsbehörden. Nach dem Stande vom 14. März waren von den Invasionsstruppen 124 Volksschulen mit 943 Schülern, eine Mittelschule und 12 höhere Schulen fast ganz belegt. 11 höhere Schulen sind teilweise und 6 weitere vorübergehend der Besatzungsarmee unterworfen worden. Anfang Februar waren durch diese Gewaltmaßnahmen viele 10 000 Schullinder und Tausende von Anaben und Mädchen, welche höhere Schulanstalten besuchen, zwangsweise vom Unterricht ausgeschlossen. Diese Zahl ist inzwischen bedeutend überschritten worden. Ein derartiges Vorgehen der Besatzungsbehörde trifft die geistige Ausbildung und sittliche Erziehung eines europäischen Kulturvolkes mitten ins Herz. Es steht im greifendsten Widerspruch zu jedem Menschenrecht, die gerade aus der französischen Nation und ihrer Verfassung heraus der Welt stets als Grundlage von Recht, Freiheit und Kultur verkündet wurden. Die durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen (seelisch und körperlich) hart betroffenen Kinder müssen heute zum großen Teil, soweit sie überhaupt die Schule besuchen können, weite Wege gehen und können unter solchen Verhältnissen nur ganz unzureichend und mangelhaft unterrichtet werden. All das führt bereits zu lebhaften Klagen aus den Kreisen der Eltern- und Lehrerschaft und der behördlichen Stellen.“

Von den Besatzungsbehörden fordern wir daher die unverzügliche Freigabe der Schulen. Die deutschen zuständigen Stellen bitten wir dringend, alles zu tun, was die überaus schwere Lage auf dem Gebiete des Schulwesens im Ruhrbecken erleichtern kann. Gerade von dem ersten Willen unsererseits, die Jugend auch für die großen Ideale der Völkerverständigung und des Weltfriedens zu erziehen, glauben wir als sozialistische Lehrer erwarten zu dürfen, daß das neutrale Ausland ebenfalls seinen ganzen Einfluß geltend macht, um den kulturfeindlichen Maßnahmen der Invasionsmächte und ihres Militärs ein Ziel zu setzen.“

## Besatzungshilfsamt in Koblenz.

### Die Rheinlandkommission als frankobelgisches Werkzeug.

Eine deutsche Note, die den Regierungen in Brüssel, Paris und London überreicht worden ist, sagt u. a.:

„Unberei durch alle deutschen Proteste, beharrt die Interalliierte Rheinlandkommission dabei, das ihr im Rheinlandabkommen für bestimmte festumschriebene Zwecke verliehene Verordnungsrecht mißbräuchlich zur Unterstützung der rechts- und vertragswidrigen Aktion der französischen und belgischen Regierung zu verwenden.“

Ihre Verordnung 151 ist dazu bestimmt, die von der deutschen Regierung bereits als rechtswidrig gekennzeichnete Spezialverordnung 136 zu ergänzen. Wenn die Interalliierte Rheinlandkommission in dieser Verordnung

sich selbst das Begnadigungsrecht verleiht

in allen den Straffällen wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnungen 132—136 usw., die die Rheinlandkommission den deutschen Behörden zur Aburteilung überwiesen hat, so kann dem eine praktische Bedeutung nicht beigemessen werden, da sich im ganzen besetzten Gebiet kein deutsches Gericht finden wird, das auf Grund dieser rechtswidrigen Verordnung urteilt. Indes soll nunmehr auch bei solchen Zuwiderhandlungen gegen Zollgesetze die Rheinlandkommission das Begnadigungsrecht in Vollstreckung

ausüben, in denen deutsche Gerichte auf Grund der deutschen Zollgesetze wegen Zuwiderhandlungen gegen deutsche Zollanordnungen erkannt haben. Dies bedeutet einen schweren Eingriff in die deutsche Staats- und Gerichtsbarkeit.“

Die Verordnung 152 (Strafverordnung betr. den Post-, Telegraphen- und Fernsprekdienst) will durch

### Strafbestimmungen von außergewöhnlicher Grausamkeit

die deutschen Post- und Telegraphenbediensteten zwingen, sich im Widerspruch mit ihrem Diensteid und vaterländischen Gefühl attio an der rechtsmüßigen franko-belgischen Aktion zu beteiligen. Auch die neue Verordnung charakterisiert sich durch ihre Dehnbarkeit, die allen Interpretationskünsten freies Spiel läßt.

Durch die Spezialverordnung 153 werden Material, Waren und Güter jeder Art im besetzten Gebiet beschlagnahmt, die zu Restitutions- und Reparationszwecken bestimmt sind. Es handelt sich um Waren und Güter, deren Zweckbestimmung darin bestand, an die alliierten Regierungen oder alliierten Staatsbürger (der amtliche deutsche Text spricht von „Untertanen“ — im 5. Jahre der Republik! Red.) geliefert zu werden. Für ein Eingreifen der Interalliierten Rheinlandkommission fehlt es an jeder Rechtsgrundlage. Tatsächlich stehen die Lieferungen außerhalb jeglichen Zusammenhangs mit den Zwecken der militärischen Besatzung.

Die Spezialverordnung 154 geht sogar soweit, diese Maßnahme anzuordnen bezüglich der Gegenstände und Erzeugnisse, welche von alliierten Staatsangehörigen bei deutschen Staatsangehörigen im Handelsverkehr bestellt worden sind und für welche die Bezahlung entweder bereits erfolgt ist oder bei Ablauf der Lieferungsfrist angeboten wird. Es verstößt gegen alle Rechtsgrundsätze, daß hier die Entscheidung über Streitigkeiten, die sich aus einem Privatvertrag ergeben, jeder Gerichtsbarkeit entzogen wird. Tatsächlich wird einer Verwaltungsstelle das Recht gegeben, von ihren eigenen Staatsangehörigen geltend gemachte Ansprüche,

### ohne Rechtsgarantie für den angeklagten Schuldner,

zwangsweise zu befriedigen. Das ist eine Verletzung der elementarsten Rechtsbegriffe. Uebrigens bedeutet die vorgesehene Entscheidungsbezugnis der französischen und belgischen Restitutionsstellen einen schweren Verstoß gegen die von der deutschen Regierung mit der französischen und belgischen Regierung abgeschlossenen Verträge über den freien Lieferungsverkehr, da diese Verträge gerade auf Wunsch Frankreichs und Belgiens auf dem Grundsoß des freien Privatverkehrs aufgebaut waren.

Auch der Rheinlandkommission ist diese Note in Abschrift übergeben worden.

## Militärdebatte in Paris.

Paris, 29. März. (W.T.B.) Die Kammer beschäftigte sich heute vormittag nochmals mit der Militärreform. Das Geseh hat noch durch den Senat eine unwesentliche technische Fragen betreffende Abänderung erfahren, der die Kammer erst zustimmen muß. Nach Schluß der Beratung erklärten die Sozialisten, daß sie gegen die Annahme des Gesehentwurfes protestierten, denn sie nach Beistimmung des deutschen Militarismus für vollkommen unnötig hielten. Im Namen der Radikalen erklärte Herriot, er respektiere die nationale Pflicht. Niemand dürfe an der Vaterlandsliebe seiner Partei zweifeln. Angesichts der Militärreform müsse aber festgestellt werden, daß seine Partei für die einjährige Dienstzeit sei und die 18monatige Dienstzeit nicht annehme. Herriot wurde von Balfour angegriffen, der die Radikalen aufforderte, die gleiche Solidarität zu üben wie ihre Kollegen im Senat. Jede politische Frage müsse ausgeschaltet werden, wenn es sich um die nationale Verteidigung handle. Herriot verwahrte sich dagegen und erklärte, es werde nicht die 18monatige, nicht einmal die 24monatige Dienstzeit angegriffen, sondern die 26monatige, womit Herriot auf die Ruhrbesetzung anspielte und lebhaften Beifall auf der Linken erntete. Der Gesehentwurf wurde schließlich mit 414 gegen 154 Stimmen angenommen. Nach dem Antrage des Senats wird die Frage der Dienstpflicht der Parlamentarier vorerst vom Gesehentwurf abgetrennt. Ueber diese Frage soll später verhandelt werden.

Die kroatischen Abgeordneten im südslawischen Parlament haben einstimmig die Forderung nach der Bildung einer kroatischen Republik im Rahmen des Königreichs SHS erneuert und einen entsprechenden Aufruf an die Serben und Slowenen gerichtet.

## Geburtstag des „Vorwärts“

Am 1. April tritt der „Vorwärts“ in sein vierzigstes Lebensjahr ein. Neununddreißig Jahre hat das „Berliner Volksblatt“, das seit 1890 den Titel „Vorwärts“ führt, in hartem Kampfe für die Sache der aufstrebenden Arbeiterklasse gestanden. Es hat an Wunden in diesen Kampfesjahren nicht gespart. Aber so stark auch oft der reaktionäre Sturm es umbrauste, immer haben die Parteigenossen treu zu ihrem Blatte gestanden, das ihnen Führer und Vertrauter zu gleicher Zeit war.

Besonders schwer sind die Zeiten gegenwärtig für die Parteiblätter. Schwere lastet der wirtschaftliche Druck und die Ungunst der politischen Verhältnisse auch auf den Unternehmungen der sozialistischen Organisationen. Aber gerade in solchen harten Zeiten pflegt sich die Treue der Parteigenossen zu bewahren. Darum werden sie auch ihrem Parteiblatt in dieser Zeit mit verdoppelter Eifer helfen wollen und schon zum Beginn seines vierzigsten Lebensjahres ihm neue Leser werden. Alle Kraft gehört in diesen Tagen der Agitation für den

### „Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orien außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Stellung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Straße Nr. \_\_\_\_\_  
Vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts  
bei \_\_\_\_\_



# Gewerkschaftsbewegung

## Ueberflüssige Feiertage.

Wird der Achtstundentag durch die in Vorbereitung befindlichen Arbeitszeitgesetze nicht von Ausnahmen verdrängt, dann sind die Wochentags-Feiertage wie Karfreitag, Fronleichnamfest, Himmelfahrtstag und vor allem die Ruhstage einfach überflüssig. Diesen Standpunkt vertreten bezüglich der beiden erstgenannten Wochentags-Feiertage die Arbeiter eines größeren Betriebes in Köln. Durch ihren Betriebsrat klagten sie vor dem Schlichtungsausschuss auf Feststellung, daß Karfreitag und das Fronleichnamfest als Feiertage nicht zu betrachten seien, an denen die Arbeiter ruhen solle, wie es die Arbeitsordnung vorschreibt. In der heutigen schweren Zeit der Teuerung könnten die Arbeiter nicht auf den Lohn für diese zwei Tage verzichten. Die Firmeninhaber wiesen darauf hin, daß in ihren Betrieben an den genannten Feiertagen seit Jahrzehnten nicht gearbeitet worden sei. Solange die Arbeiter das Recht in Anspruch nehmen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, müssen die Betriebsinhaber auch die Arbeitsruhe an den für sie heiligen Tage bestehen lassen. Die Kläger machten geltend, daß der 1. Mai als Feiertag im Reichstagsgesetz verzeichnet sei. Laut einer Abstimmung der Belegschaft, seien fünf Sechstel dafür, daß am Karfreitag und Fronleichnamfest gearbeitet werde. Uebrigens werde in vielen großen Betrieben Köln an diesen Tagen gearbeitet. Der Schlichtungsausschuss lehnte den Antrag des Betriebsrates ab, da triftige Gründe, eine alte Einrichtung abzuschaffen, nicht vorlägen.

Wenn der Schlichtungsausschuss keine anderen Gründe hat, als die des Alters der Einrichtung, dann kann seiner Entscheidung entgegengehalten werden, daß der Achtstundentag eine neue Situation in dieser Beziehung herbeigeführt hat. Natürlich kann die Feiertagsfrage nicht für jeden einzelnen Betrieb, sondern nur allgemein geregelt werden.

## Lohnbewegung in der Schlofferei.

Am 3. März wurde für die Branchen der Bauhändler, Bauanschläger, Möbel- und Geldschrankhändler vor dem Schlichtungsausschuss ein Tarifabschluß bis zum 15. März vereinbart. Vom Arbeitgeberverband Berliner Schloffereien und verwandter Gewerbe wurde dieser Schiedspruch mit Geltung für den ganzen Monat März angenommen, von den übrigen beteiligten Arbeitnehmergruppen bis zum 15. März.

Da nun die in diesem Spruch niedergelegten Löhne wesentlich hinter den Erhaltungskosten einer Familie zurückbleiben und von einem Preisabfall auf tieferer Kellamenschicht nichts zu bemerken ist, außer bei einigen Importartikeln, ist es nur natürlich, daß für die zweite Hälfte des März für diese Gruppen die minimale Lohn-erhöhung von 200 Mark pro Stunde gefordert wurde.

Die Berechtigung dieser Forderung liegt ohne weiteres vor, da zur Steigerung der Lebensmittel auch noch die sozialen Lasten im März auf das 3/4fache gestiegen sind, dazu eine Fahrpreissteigerung und die riesige Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe auf 3000 Proz. sogar rückwirkend hinzutritt.

Außerdem ist es allen bürgerlichen Kreisen, mithin auch den Arbeitgebern, bekannt, daß in den Familien der Arbeitnehmer dem Bedarf an Bekleidung unbedingt Rechnung getragen werden muß, wenn die Arbeiterschaft, trotz Arbeit, nicht in Lumpen herumlaufen soll.

Doch von irgendwelchen sozialen Gesichtspunkten lassen sich die Arbeitgeber nicht anrücken, sondern antworten mit Aussperrung, in einer Zeit, wo nach außen hin der Eindruck der Geschlossenheit des ganzen Volkes gemacht werden soll.

Diesem Machtwortpunkt der Arbeitgeber muß mit äußerster Energie entgegengetreten werden. Die Dringlichkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes unterstützt mit allen Mitteln die Forderungen der vorgeordneten Berufsgruppen.

Den maßgebenden Regierungsinstanzen möchten wir aber anraten, den in jetziger Zeit für die Volksgesundheit äußerst schädlichen Machtwortpunkt der Herren Arbeitgeber etwas zu dämpfen. Die Mitglieder der angeführten vier Berufsgruppen werden ersucht, die Versammlungsanzeigen der nächsten Tage zu beachten.

## Vergleich für die Handelsarbeiter im Großhandel.

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels lehnte getreu der Parole der Unternehmer-Epochenverbände für den Monat März jede Lohnerrhöhung in direkten Verhandlungen ab. Durch ein am 8. und 9. März er. bei verschiedener Belegung gefällte Schiedsprüche sollten die Löhne der Arbeiterschaft um 33 1/2 Proz. erhöht werden. Es war anzunehmen, daß die Arbeitgeber bei dem schlechten Stand der Löhne (der Durchschnittslohn für verbeiratete Arbeitskräfte beträgt 40 000 M.) diese Schiedsprüche anerkennen würden. Weit gefehlt! Nach wie vor blieben die Herren bei ihrer Behauptung, der Großhandel könne diese Belastung nicht ertragen und verhorren rücksichtslos auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Das Arbeitsministerium lehnte ein Eingreifen ab und übertrug die Angelegenheit dem Demobilisationskommissar. Dieser bemühte sich in mehreren Verhandlungen vergeblich, einen annehmbaren Vergleich herbeizuführen. In der Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche konnte er sich jedoch nicht aufraffen, trotzdem die circa 20 000 hier in Betracht kommenden Arbeitskräfte mit den erreichten Lohnsätzen die schlechtestbezahltesten nicht nur ganz Deutschlands, sondern der ganzen Welt wären.

Nach unendlichen, teils heftigen Auseinandersetzungen wurde unter Mitwirkung des Vertreters des Oberpräsidenten als Demobilisationskommissar zwischen dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels und dem Deutschen Verkehrsband folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Anträge auf Verbindlichkeitserklärung der Schieds-

sprüche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin betreffend Regelung der Märzgehälter werden zurückgezogen.

2. Die im Großhandel beschäftigten Arbeitnehmer erhalten einen Vorschuß in Höhe von 75 Proz. eines Wochenlohnes unter Zugrundelegung der für die zweite Hälfte des Monats Februar vereinbarten Tarifgehälter, welcher, wenn irgend möglich, noch vor Ostern zur Auszahlung zu bringen ist.

3. In der ersten Woche des Monats April tritt ein Schiedsgericht aus drei unparteiischen Vorstehenden und je drei Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, das zu befinden hat:

- a) über die Berechtigung des gezahlten Vorschusses,
- b) über die Aprillöhne.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist für beide Teile bindend, wenn sie mit 2/3-Majorität gefaßt wird. Die unparteiischen Vorstehenden und die Beisitzer werden im Benehmen beider Verbände namhaft gemacht.

Abdrücken dieser Vereinbarung können beim Verkehrsband, Engelauer 24/25, am Sonnabend und Dienstag von 8 bis 1 Uhr, sonst von 8 bis 7 Uhr, abgeholt werden. Sie gelten für folgende Branchen des Großhandels: Chemikalien, Oele und Fette, Glas und Keramik, Altmittel, Eisenwaren und Werkzeugmaschinen, Elektro, Edelmetalle und Uhren, Textil, Lederwirtschaft, Samen, Kolonialwaren, Fourage und Dung.

## An unsere Abonnenten!

Wie bitten unsere Leser, bei Vorlegung der Abonnementsquittung den jeweilig fälligen Betrag bereit zu halten, um dadurch den Damen die Arbeit zu erleichtern. Dabei machen wir darauf aufmerksam, daß der Bezugspreis stets im voraus zahlbar ist. Vorwärts-Verlag, Berlin, Lindenstraße 3

## Der Streik im Buttergroßhandel beendet.

Zwischen dem Deutschen Verkehrsband und der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber im Buttergroßhandel wurde vereinbart, daß die Arbeitgeber einen Vorschuß von 75 Proz. des letzten Wochenlohnes vom Februar zahlen und sich außerdem verpflichten, die Vereinbarungen, welche von dem Kolonialwarengroßhandel getroffen werden, anzuerkennen. Eine Versammlung der Funktionäre aus allen Betrieben beschloß, die Arbeit am gestrigen Donnerstag wieder aufzunehmen.

## Achtung, Bauarbeiter!

Der Streik der Werkseingruppen (Baustellenehe) wird einmütig und verstärkt weitergeführt. Auf einigen Baustellen wird von interessierter Seite das Gerücht verbreitet, daß wir Tarifbruch begangen und uns deshalb in einem wilden Streik befinden. Zur Aufklärung stellen wir fest: Unser Rahmentarif ist von den Unternehmern zum 1. April gekündigt worden. Verhandlungen waren bis heute noch nicht. Für die Zeit vom 16. bis 31. März forderten wir eine Erhöhung des Stundenlohnes von 1600 auf 1800 M. Die Unternehmer lehnten jede Zulage ab, worauf mit Dreiviertelmajorität der Streik beschlossen wurde. Es handelt sich also nur um die Nichtbewilligung der 1800 M., mithin kann von Tarifbruch keine Rede sein.

Wir erwarten von allen Bauarbeitern, daß nach den Feiertagen strengste Kontrolle geübt wird, damit alle Arbeiten, die bisher von den jetzt Streikenden ausgeführt wurden, auch weiterhin verhindert werden.

Die graugrünen Arbeitsberechtigungskarten müssen den Stempel aufdruck 1923 tragen. Die Betriebsräte und Obleute der Bauten bitten wir, in Zweifelsfällen uns sofort Nachricht zu geben. Ortsverwaltung und Streikleitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin) Engelauer 25. I (Teleph.: Amt Moritzplatz 11500—11508).

## Beamtenmusiker als Lohnrücker.

Im Indra-Park, Greifswalder Straße 128/133, spielt ab 1. April eine Beamtenkapelle unter Leitung des pensionierten Schauspielers Prinz. Diese Beamtenkapelle hat das Engagement nur deshalb erhalten, weil sie sich dem Unternehmer weit unter den Sätzen des Tarifs der Berufsmusiker zur Verfügung gestellt hat. Es sind also städtische bzw. staatlich angestellte Beirücker, welche ab 1. Osterfeiertag im Indra-Park den Berufsmusikern das Brot wegnehmen. Die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft wird sich also die Frage vorlegen müssen, ob der Indra-Park in der Greifswalder Straße mit seiner preisdrückenden Beamtenmusikkapelle ein für sie geeignetes Vergnügungsort ist.

## Praktiken der Berliner Kirchengemeinden.

Der Tarifvertrag der Friedhofsarbeiter sieht eine Lohnneuregelung ab 1. März vor. Bei den geführten Verhandlungen mit den Vertretern der Kirchengemeinden lehnten diese eine Lohnerrhöhung mit der Begründung ab, daß zunächst die Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden abgewartet werden müßten. Es wurde aber ausdrücklich hinzugefügt, falls die genannten Behörden Zulagen gewähren, würde dasselbe auch von den Kirchengemeinden geschehen. Der angerufene Schlichtungsausschuss fällt am 9. März einen Schiedspruch, wonach die Löhne ab 1. März um 20 Proz. erhöht werden sollten. Danach würde der Spitzenlohn 1200 M. pro Stunde betragen. Dieser Schiedspruch ist von den Kirchengemeinden abgelehnt worden. Da inzwischen Reich und Staat Lohnerrhöhungen in Form der bekannten Vorschüßzahlungen

gewährt, wurden die Kirchengemeinden an das gegebene Versprechen erinnert, nun ebenfalls Lohnzulagen zu gewähren. Man erklärte sich zwar bereit, nochmals zu verhandeln, blieb jedoch bei der ablehnenden Haltung.

In einer Vertreterversammlung der Friedhofsarbeiter wurde die Haltung der Kirchengemeinden einer scharfen Kritik unterzogen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen die Verhandlungsmethoden der Kirchengemeinden protestiert und die Organisationen beauftragt, alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um wenigstens die ungenügenden Löhne des Schiedspruchs zu erreichen. Die Arbeiterschaft ist mit Recht darüber empört, daß dieses Spiel mit ihnen getrieben wird, zumal den ganzen Winter hindurch in den meisten Betrieben nur 4 bis 6 Stunden gearbeitet wurden. Zunächst ist der Demobilisationskommissar angerufen worden.

## Berliner Eisenbahner und SPD.

Man schreibt uns: Die „Rote Fahne“ ereifert sich über die Maßnahmen, die die erweiterte Ortsverwaltung infolge des fahngewidrigen Verhaltens der „Opposition“ (Moskauer Richtung) treffen mußte. Mit diesem Blatte sich in eine sachliche Diskussion einzulassen, ist müßig; es setzt sich auch über den Berichtswang glatt hinweg.

Niedriger hängen wollen wir nur die Notiz in Nr. 74 der „Roten Fahne“: Die Amsterdamer als Denunzianten. Schmidtke war nicht in der Lage, in einer „oppositionellen“ Versammlung der Zahlstelle Grunewald den Briefschreiber zu nennen. Auch die „Rote Fahne“ tut das wohlweislich nicht. Die Opposition, die in ihrem „Mittlungsblatt“ allgemein von „Siegen“ berichtet oder ihre Versammlungsniederlagen mit „noch nicht entschieden“ bezeichnet, hatte eine Versammlung für die Werkstatt Grunewald einberufen. Ungefähr 250 Mitglieder waren der Einladung gefolgt, darunter auch oppositionelle Mitglieder anderer Zahlstellen zur Unterstützung dieser Grunewalder „Aktion“. Schmidtke als Referent sagte mit vielen Worten nichts. Die Sorgen existierten für ihn anscheinend nicht, denn auf die Rechtsfrage ging er nicht ein.

Sefer trat als Korreferent auf und wies überzeugend nach, daß die Kommunisten bewußt auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten. Schmidtke und Genossen suchten die Mitglieder mit ihrer Beitragsperre irrezuführen.

In der Diskussion wandten sich Reumann und Bonaghy ebenfalls mit aller Klarheit gegen die oppositionellen Machinationen. Die Abrechnung mit der Opposition in dieser Versammlung blieb nicht aus. Außer einer Resolution, die auch schon in der örtlichen Mitgliederversammlung angenommen war, wurden folgende Entwürfe mit übergroßer Mehrheit (von circa 250 Anwesenden haben ungefähr 35 dagegen gestimmt) angenommen:

Die am 27. März in Charlottenburg bei Schulz von der sogenannten Opposition einberufene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Grunewald spricht Schmidtke und Genossen das Recht ab, im Namen des DEB, Mitgliederversammlungen einzuberufen und Beitragsmarken auszugeben. Die Versammelten fordern den Hauptvorstand des DEB, auf Schmidtke und Genossen wegen Betrugs zur Anzeige zu bringen.

Die Mitgliederversammlung beantragt, den Kollegen Schmidtke und alle Funktionäre, die nach den Richtlinien der sogenannten oppositionellen Ortsverwaltung arbeiten, infolge Verbandschädigung aus dem DEB. auszuschließen.

Zur Lohnregelung in der Chirurgie-Mechanik, über die wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, erhalten wir folgende Verichtigung: Vom 1. März bis auf weiteres bleiben die Lohn- und Abordnungen in der Chirurgie-Mechanik genau so bestehen, wie in der zweiten Februarhälfte. Nur der feste Stundenzuschlag wird auf 500 M. resp. 375 resp. 325 M. erhöht. Die Löhne der Orthopädie-Mechaniker und Vandaqisten werden um 15 Proz. erhöht.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Hill, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Rosenfeld-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8. Querstr. 1. Blatt.

## 6%ige Kohlenwertanleihe

der Brandenburgischen Kreis-Elektrizitätswerke G. m. b. H.

kommunale Ueberlandzentrale in Spandau zum Preise von

### 25 000 Mark für die Tonne

(20 Zentner)

eingeteilt in Stücke zu 1, 2, 5, 10 und 20 Tonnen

**Besonders günstige Bedingungen**

**Zinsgewinn**

Zeichnungsstellen:

Brandenburgische Giro-Zentrale

Berlin W 8, Kronenstraße 61-63

sowie die durch Plakataushang kenntlich gemachten Stellen

Prospekte kostenfrei

IVO PUHONNY

Zwei gute Bekannte



MERCEDES

DIE BATSCHARI KRONE

3 Ausnahme-Tage

Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend

Leihhaus Moritzplatz 58a

ANZÜGE

Serie I 35 000 M.

„ II 60 000 M.

„ III 95 000 M.

Cutaways, Schlüpfer 50% herabgesetzt.

Keine Lombardware.



Wanderziele in den Ostertagen.

Zur Elbe.

In den nordwestlichsten Zipfel der Mark, die Brignitz, führt diese Wanderung. Mit den Zügen der Berlin-Hamburger Bahn geht die Reise zunächst bis Ratzdorf. Vom Bahnhof geht der Weg auf der Chaussee gen Nordwest, nach einer halben Stunde über die Brücke und jenseits der Brücke alsbald links ab über Dargard nach Rellen (11 Kilometer von Ratzdorf). Kurz vor dem Dorf, links der Chaussee, liegt ein Riesensteingrab (Megalithgrab) aus der jüngeren Steinzeit (etwa 3000 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung). Ein länglicher flacher Erdbügel wird von aufrechtstehenden Granitblöcken umsäumt. In der Mitte, der einen Querschnitt etwas höher, liegen die Überreste der Grabkammer, die als Wassergräbnisstätte diente. Nach kurzer Wanderung kommen wir zu dem benachbarten Dorf Rambow und steigen zu der Talniederung hinab, in der der Ramower See liegt. Ein Rande der Niederung wandern wir über Rausdars zum Rudower See. Wir bleiben eine kurze Strecke auf dem Westufer des Sees und folgen dann einem der rechts abliegenden Waldwege zur Chaussee. Der Wald weist eine Anzahl Reiterhöfe auf, die jetzt in der Mark Brandenburg recht selten geworden sind. In südwestlicher Richtung kommen wir nach Benzen (14 Kilometer von Rellen), einem alten Städtchen an der Bödnitz, im Elbtal gelegen. Ueber die Bödnitz wandern wir südlich zum Elbdeich, der sich dicht neben dem Strom hinzieht. Jenseits des Stromes erhebt sich ein 60 Meter hoher, mit Wald bedeckter Höhenzug, der Höhe d. Auf seiner Höhe befand sich das Kastell Hochwolk, das von Karl dem Großen (nach 800) als Grenzfestung gegen die Wenden errichtet wurde. Von der Höhe des Berges, zu dessen Fuß man mit dem Fährboot hinüberfahren kann, bietet sich ein weites, prächtiger Ausblick über den Strom und weit in die Brignitz, Reckenburg und das hannoversche Land hinein. Von der Fährstelle Benzen wandern wir auf dem Elbdeich gen West durch die Benzener Wälder. Links vom Deich strömt die Elbe, während rechts die Häuser der Wäldersiedler liegen. Fast ausschließlich ist hier das niedersächsische Bauernhaus, eine Seltenheit in der Mark Brandenburg, anzutreffen. Zwischen alten Nistern und Eichen, mit tief herabgezogenem Strohdach und Pferdeköpfen als Giebelzierde, ist es breit und behäbig hingelagert. Menschen und Vieh, Ernteseleg und Tenne beherbergt es unter einem Dach, das von keinem Schornstein gekrönt ist. Durch die offenen Fache im Giebel und durch das „Höfenloch“ in dessen Spitze lacht sich der Rauch seinen Weg ins Freie. An den Dörfern Müllisch, Groß- und Klein-Boock, Rieh, Unbesanden, Befandten, Boarg und Boarg vorüber geht es zur Elbe, die in Reckenburg entspringt und hier in die Elbe mündet. Wir lassen uns überlegen und sind bald in Dämig, einem kleinen mecklenburgischen Städtchen, das ehemals Festung war. Hier verbrachte Friedrich Reuter den Rest seiner „Festungzeit“. Entfernung von Benzen (ohne Ueberfahrt zum Höhe) 22 Kilometer. Von Dämig Rückfahrt über Wittenberge nach Berlin.

Zur Havel.

Die schönen, blauen Havelseen bieten ein näher gelegenes Ziel. Vom Bahnhof Wannsee gehen wir durch die Bahnhof- und Königsstraße zur Brücke über das Verbindungsstück des Großen mit dem Kleinen Wannsee. Einige Wochen weiter, und die Seen werden wieder belebt sein von schmunzigen Seglern, flinken Ruderbooten und qualmenden Dampfern. Wir wandern weiter bis zum Ende des Oris. Beim Wirtshaus „Reichsadler“ wenden wir uns rechts ab. In den Kiefernwald sind vielfach Klazien oder richtiger gesagt, Robinien eingepflanzt. Nach etwa einer Viertelstunde verlassen wir die schmale Chaussee und wandern in nördlicher Richtung durch den Wald zur Havel. Hügelzüge von beträchtlicher Erhebung begleiten den Fluß. Zwischen dem Fuß dieser Hügel und dem Wasser zieht sich ein Weidengürtel hin, den die steigenden Frühjahrslufte oft überschwemmen. Inmitten der Havel erhebt sich die Pfaueninsel, von der das Geschrei der Pfauen herüberdröhnt. An der Fährstelle können wir uns überlegen lassen. Schöne Parkanlagen weist die Insel auf, auf fremdlandische Bäume sind hier angepflanzt. Auf der Pfaueninsel hatte der Erfinder des Rubinplases, der Alchimist Kunzel von Wörmstein, der im 17. Jahrhundert lebte, sein Laboratorium. Von den Uferändern bietet sich ein prächtiger Blick über die feurige Havel mit ihren Ufern. Auf dem Festland wandern wir weiter, zur Linken die steil ansteigenden, schon bewaldeten Berge, zur Rechten den blauen Wasserpiegel der Havel. Wir kommen an der Moorlake, einer Havelbucht, vorüber. Vom jenseitigen Ufer grüßt Sakrow mit der Heilandkirche am Park. Zuletzt führt der Weg an dem umfriedeten Park von Glienide hin.

Schließlich kommen wir zur Glienicker Brücke. Von hier haben wir noch einmal einen schönen Blick über die Havel. Vor uns Potsdam, das von den Fluten umspült wird, am gegenüberliegenden Ufer der Park von Bobitzberg. Hinter uns die weite Wasserfläche bis nach Sakrow, von der der Jungfernsee gen Nordwest abzweigt. Ein Rundgang durch die Altstadt Potsdam beschließt die Wanderung. (Weglänge etwa 16 Kilometer.)

Zur Bödnitz.

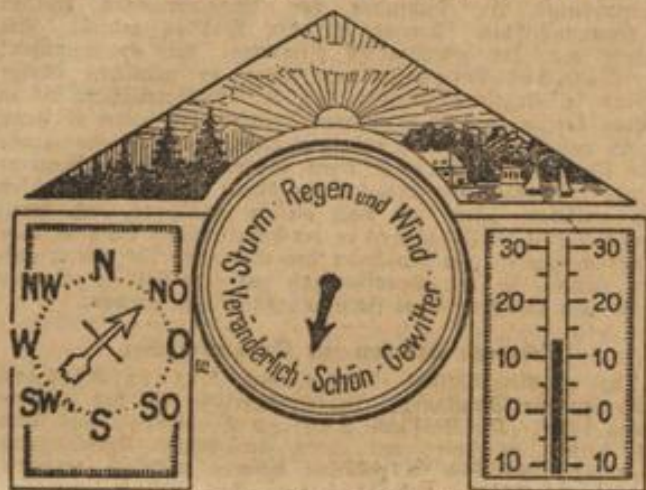
Eins unserer schönsten märkischen Waldflüsse ist die Bödnitz, die in ihrem unteren Teil schiffbar ist. Wir fahren bis Erkner und durchwandern den freundlichen Ort. Bald hinter der Kirche führt halblinks die Fürstener Straße zum Friedhof und zur Eisenbahn. Am ersten Bahnübergang überschreiten wir die Eisenbahn, wenden uns durch den Wald eine kurze Strecke nach Osten und haben die Wälderniederung erreicht, durch die sich die Bödnitz schlängelt. Sie entspringt in dem sich zwischen Strausberg und Wüdingberg erstreckenden Reien Busch. Schon als junger Bach ist die Bödnitz so wasserreich, um mehrere Mühlen zu treiben. Der Weg führt bald dicht am Fluß, bald in einiger Entfernung von ihm hin. Recht abwechslungsreiche Bilder bietet die Wanderung. Gurgeln und gluckend ziehen die Wasser durch den schweißigen Kiefernwald. Hin und wieder stehen kleine Häuschen und Lauben am Ufer, die uns an die Nähe der Großstadt erinnern. Jenseits der Bödnitz tauchen die Häuser von Werlitz, Gottesbrück und Bergluch auf, ein Kranz von Ortschaften, der die Bödnitz und die sich westlich von ihr hinziehende Seentette begleitet. Auf der Großen Wallbrücke, über die der Weg von Grünheide zum Bahnhof Jangschleuse führt, überschreiten wir die Bödnitz. In der Nähe der Hundezuchtanstalt vorüber, wo auch Polizeihunde abgerichtet werden, kommen wir nach Grünheide, auf der Landenge zwischen Pegelsee (rechts) und Werlitz (links). Von dem hochgele-

Auf der Auktion.

Rot und Glend, Kummer und Sorgen sind heute ständige Gäste in den breiten Besizerungskreisen. Der Wochenverdienst des Mannes deckt knapp die laufenden Ausgaben. Wie wird es aber, wenn die Schuhe zerrissen sind, die Kleidung verfaßt und das Klitten der Unterwäsche keinen Erfolg mehr verspricht? Dann greift der bedrängte Familienvater notwendig zu dem letzten Ausweg, kann betäubert er noch vorhandene Wertgegenstände. Sind Uhr, Kette und Ring bereits verkauft, dann folgen einzelne entbehrliche Möbelstücke, um die wirtschaftliche Not ein wenig zu lindern. Sachen, die sich in der Familie von Kind zu Kind vererbten, woran so manche Erinnerung haftet, übergibt man dem Auktionator.

Das Gesamtbild dort ist der Spiegel unserer traurigen Zeit! Da stehen alte Küchenspenden, hinter deren Schreien noch Gardinen trauern, Sofas, Kleiderspenden, Gardinenklängen, Tische und Stühle. Kurzum, es ist fast alles da, was der Mensch braucht oder brauchen könnte. Schon lange vor Beginn der Auktion haben sich die Händler eingefunden, um die Gegenstände zu bestaunen. Es sei hierbei bemerkt, daß das Privatpublikum auf einer Auktion so gut wie gar nicht zum Vorkommen kommt. Es wird fast immer von den Händlern überboten werden und ist schließlich nicht mehr in der Lage. Höchst selten kommt es vor, daß irgend jemand aus dem Privatpublikum einen Gegenstand zu erwerben vermag. Dann aber haben die Händler gewöhnlich keine Verwendung dafür und teuer genug ist der Gegenstand geworden, wenn der Hammer des Auktionators entscheidend fällt. Aber es kommt zuweilen auch anders. Steht da z. B. eine gebrauchte, weißgefrägte Kasse. Man bietet 50 000, 80 000 und 100 000 M. Da ist dem Auktionator zu wenig und er bricht die Kassenauktion ab. Eine noch ziemlich gut erhaltene Ladeneinrichtung geht mit der lächerlichen Summe von 110 000 M fort, während ein Friseurspiegel, der fast vollkommen wertlos ist, bis zu 50 000 M. gesteigert wird. Manchmal kommt es überhaupt gar nicht zum Bieten, da das Publikum kein Angebot macht. Dem Auktionator ist das gleichgültig. Der Gegenstand wird dann am nächsten Tage versteigert und bringt oft höhere Summen, als man erwartet hat. War zu bald ist für den Auftraggeber des Auktionators aber auch die Quelle seiner Sachwerte versiegt und das grausame Spiel der Not fängt wieder von neuem an.

Wie wird das Osterwetter?



Die schon seit Mitte des Monats März überall vorherrschende heitere und trockene Witterung hielt in den meisten Gegenden Deutschlands auch in den letzten Tagen an. Nur am Anfang dieser Woche fanden beim Vorübergang eines kleinen aus Südwest herangezogenen Tiefdruckgebietes an verschiedenen Stellen West- und Mitteldeutschlands leichte Regenschauer statt. Nach Entfernung des Tiefs breitete sich ein in Westrußland befindliches Hochdruckgebiet nach Skandinavien aus. Nordöstlich der Elbe trat daher bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden eine nicht unbedeutende Abkühlung ein, wogegen in Westdeutschland nach wie vor 20 Grad C täglich überschritten wurden. Jetzt ist von Südwesteuropa nach Frankreich und Süddeutschland auch ein umfangreiches Hochdruckgebiet gelangt, das langsam weiter nordwärts vorzurücken scheint. Bei mäßigen, vorherrschend nordöstlichen Winden haben wir dementsprechend nur vorübergehende Zunahme der Bewölkung, sonst für Freitag und Sonnabend trockenes, größtenteils heiteres, in der Nacht zu Sonnabend kühles Wetter, aber an beiden Tagen ziemlich hohe Mittagstemperaturen zu erwarten. Auch für die Osterfesttage ist die Aussicht auf schönes, warmes, wogeleich etwas veränderliches Frühlingwetter nicht gering.

Änderungen von Straßenbahnlagen.

Bei der Straßenbahn sind nach folgende Linienänderungen nötig geworden: Linie 7 verkehrt verkehrswise statt über Goltz- und Maassenstraße über die ganze Grundstraße, Kaiser-Friedrich-, Manstein-, Bülowstraße; Linie 18 verkehrt bis auf weiteres auch an Sonn- und Feiertagen; Linie 25 und 125 werden als einheitliche Linie 25 über Universitäts-, Dorotheen-, Sudapfester, Königgräber Straße bis Anhalter Bahnhof verlängert; Linie 26 und 43 werden eingezogen; Einzellinie 43E verkehrt zwischen Hohenzollerntor und Behrenstraße; Linie 49 wird von Pantow (Breite Straße) bis Niederhöndhausen (Blankenburger Straße) verlängert; Linie 51 und 151 werden von Invalidenstraße statt über Betonnenstraße usw. durch die Brunnenstraße bis Demminer Straße geführt; Linie 67 wird vom Alexanderplatz über Alexander-, Münz-, Neue Schönhauser, Rosenhaler Straße, Hadescher Markt, Burgstraße, Friedrichsbrücke, Museumstraße, Kupfergraben geführt und hier mit Linie O vereinigt; Linie 70 wird von Tempelhofer (Friedrich-Karl-Straße) bis Mariendorf (Dorfstraße) verlängert; als Linie 78 wird die neue Linie Lichtberg (Biltoraplatz) bis

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumpert.

Andrews schaute auf die Uhr. Er hatte noch ungefähr eine Stunde Zeit vor der Universität. Er stand auf, bezahlte den Kellner, ging den Boulevard hinunter und dachte lächelnd an Seiten, die er geschrieben hatte, an Seiten, die er noch schreiben würde und war von einem Gefühl frohen Zufriedenseins erfüllt. Es war ein grauer Morgen, gelblicher Nebel lag in der Luft. Das Pflaster war feucht und spiegelte Frauenkleider und Beine und die Umrisse von Droschken wider. Ein Geruch von Weichen traf Andrews, als er im Nebel an einem Blumenstand vorbeiging. Er erinnerte sich plötzlich, daß der Frühling nahe. In diesem Frühling werde ich nicht einen einzigen Augenblick vergeuden, sagte er zu sich selbst. „Man muß ihn Schritt für Schritt verfolgen, von dem ersten Weichen an. O, wie intensiv muß man leben, um sich für all die vergehenden Jahre schadlos zu halten.“ Er ging weiter auf dem Boulevard. Er erinnerte sich daran, wie er und das Mädchen, das der Soldat Jeanne genannt hatte, zusammen gelacht hatten, als ihre Augen sich in jener Nacht in dem Restaurant trafen. Er wünschte den Boulevard mit einem Mädchen wie diesem auf und ab gehen zu können und im nebeligen Morgen zu lachen. Er wunderte sich, in welchen Teil von Paris er wohl kommen werde. Aber er war zu glücklich, um sich darum zu kümmern. Wie wunderbar lang waren die Stunden am frühen Morgen! Er bemerkte, daß er an einem langen Gebäude mit glänzenden Fensterreihen vorbeiging, an dessen Haupteingang Gruppen rauchender amerikanischer Soldaten standen. Unbewußt beschleunigte er seine Schritte, in der Angst, einen Offizier, den man grüßen müsse, zu treffen. Er ging an den Soldaten vorbei, ohne sie anzuschauen. Eine Stimme hielt ihn zurück:

Andrews gab ihm die Hand und versuchte, sich zu erinnern. „Ich bin Fuselli. Erinnerst du dich nicht? Als ich dich das letzte Mal sah, fuhrst du gerade in einem Zuge mit Christfield an die Front. . . Wir nannten ihn immer Chris, nicht? In Cosne. Erinnerst du dich nicht?“ „Natürlich.“ „Wie geht's Chris?“ „Der ist jetzt Korporal.“ sagte Andrews. „Donnerwetter. . . Ich sollte auch mal Korporal werden.“ Fuselli trug fleckige olivfarbene Hosen und schlecht gewickelte Gamaschen. Sein Hemd war am Hals offen. Aus seinem blauen Kitteljacket kam der Geruch ranzigen Fettes, den Andrews sofort erkannte: der Geruch von Armeelüchen. Sofort erinnerte er sich daran, wie er inmitten langer Reihen an kalten, dunklen Morgen gestanden hatte und an das Geräusch, das das Essen verursachte, wenn es in das Eßgeschirr hineingeschüttet wurde. „Warum bist du denn nicht Korporal geworden, Fuselli?“ fragte Andrews nach einer Pause mit gezwungener Stimme. „Habe Dummdreien gemacht, nehme ich an.“ Sie lehnten sich gegen die staubige Hausmauer. Andrews sah hinunter. „Run, wie geht's dir jetzt?“ Andrews fragte und schaute plötzlich auf. „Ich bin in einem Arbeitsbataillon. So geht's. Sehr unangenehm.“ Andrews wollte fort. Er hatte plötzlich Angst, zu spät zu kommen. Aber er wußte nicht, wie abbrechen. „Wurde krank.“ sagte Fuselli grinsend. „Vielleicht bin ich's noch. Sie behandeln einen hier wie Dreck. . .“ Eine Frau in einem hellblauen Hut ging vorbei. Andrews erblickte ein weiches, gepudertes Gesicht. Ihre Hüften zitterten auf und ab wie Beine unter ihrem blauen Rock, bei jedem schweren Tappen ihrer hohen Absätze auf das Pflaster. „Die sieht ja wie Jenny aus. Bin froh, daß sie mich nicht gesehen hat.“ Fuselli lachte. „Hätte vor ein paar Nächten bei ihr sein sollen. Wir waren so betrunken, daß wir uns nicht rühren konnten.“ „Du wirst wohl bald nach Hause kommen, nicht? Sie können dich aber wohl nicht entlassen, ehe du geheilt bist.“ „Weiß nicht. Einige sagen, daß so etwas nie heilt.“

„Findest du nicht, daß die Küchenarbeit verdammt langweilig ist?“ „Nicht langweiliger, als irgend etwas anderes. Was machst du in Paris?“ „Studiere an der Universität.“ „Bin froh, daß ich nicht wieder zur Schule muß.“ „Auf Wiedersehen, Fuselli.“ „Auf Wiedersehen, Andrews.“ Fuselli wandte sich um und schlenderte zurück zu der Gruppe Soldaten am Eingang. Andrews beobachtete sich, fortzukommen. Als er um die Ecke ging, sah er Fuselli mit den Händen in den Taschen und gekreuzten Beinen, an die Mauer des Toreingangs gelehnt, stehen. 3. Der Regen rauschte schwer um ihn und machte seine Nerven ganz lebendig und sein Fleisch zitternd vor Erregung. Das Gurgeln des Wassers, das durch die Straßen rinnend abfloß, erweckte in ihm Vorstellungen von einschläfernder, wollüstiger Musik. Die feibrige Erregung seiner Sinne schuf rasende Rhythmen in seinen Ohren. „Ach, der arme Soldat! Wie naß er ist.“ sagte eine kleine, zitternde Stimme neben ihm. Er wandte sich um. Das Mädchen bot ihm ihren Schirm an. „O, es ist ein Amerikaner.“ sagte sie, als ob sie noch zu sich selbst spreche. „Aber es ist ja nicht nötig.“ „Aber ja.“ Er trat unter den Schirm neben sie. „Aber Sie müssen mir schon erlauben, ihn zu halten.“ „Schön.“ Als er den Schirm in die Hand nahm, sah er sie an. Er blieb stehen. „Aber Sie sind ja das Mädchen aus der „Tanzenden Ratte.“ „Und Sie waren an dem nächsten Tisch mit dem Mann, der das Lied sang?“ „Wie amüsant!“ „Und jener da, der so ußig war. . .“ Sie brach in Lachen aus. Andrews lachte auch. (Fortsetzung folgt.)



Friedenau (Südwestkorso) bezeichnet; Linie 97 wird entzogen; Linie 188 wird statt über Innozenzen, Chaussee, Müllerstraße usw. über Brunnen- und Bahnhofs bis Tiergartenstraße geführt; Linie C wird aus der Brunnenstraße zurückgezogen, über Beierstraße, Kastanienallee, Schönhauser Allee bis Bankow (Breite Straße) geführt und Linie 45 genannt. Gleichzeitig werden die Fahrpläne der Linien 3, 22, 28, 30, 32, 46, 56, 91 etwas geändert. Alle Änderungen treten am 31. März in Kraft. Die Einziehung der Linien 28, 43, 97 und die Verlegung der Linie 188 sind nötig geworden, weil infolge des Betriebes der Nord-Süd-Bahn der Straßenbahnverkehr durch Müller- und Chausseestraße einen Rückschlag bis zu 70 Proz. aufzuweisen hat. Ersatz für die Linie 43 und 97 und für die schon früher fortgefallene Linie 101 schafft die Verlängerung von Linie 25 bis Anhalter Bahnhof.

### Tarifserhöhung auch bei den Kraftomnibussen.

Auch die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft wird am Sonnabend, den 31. März, gleichzeitig mit der Straßenbahn die Fahrpreise der Kraftomnibuslinien auf 300 M. für die Teilstrecke und 400 M. für die ganze Strecke erhöhen.

### „Sonderbezahlungen“.

#### Noch einmal die Bestechungsaffäre Heffst.

Die Justiz bei dem Mietminderungsamt Charlottenburg, die bereits wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, waren wiederum Gegenstand einer Anklage vor der Strafkammer des Landgerichts II. Wie erinnerlich, waren der Regierungsrat Heffst, der Architekt Loeb, der Rentier Kirse und der Bureauchef Ingemann von der Strafkammer wegen Bestechung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Regierungsrat Heffst war Vorsitzender des Mietminderungsamts Charlottenburg und hatte sich mit den anderen Angeklagten, die Beisitzer bzw. Protokollführer waren, Sonderbezahlungen geben lassen. Wenn Hausbesitzer eine Erhöhung des Mietpreises erstrebten, erklärte Heffst, daß eine Erhöhung des Vorfriedenspreises nur möglich sei nach Abschätzung geleistet werden. Diese Tätigkeit könne aber nicht unentgeltlich geleistet werden. Für die Abschätzung beanspruchte Heffst 1 pro Mille und ließ sich den Betrag an sein Privatkonto überweisen. Der Betrag wurde dann mit den Beisitzern und dem Protokollführer geteilt. Dieses Verfahren kam an die Öffentlichkeit. Gegen das erste Urteil hatten die Verteidiger Revision beim Reichsgericht eingelegt, und dieses hatte das Urteil aufgehoben und den Fall an die Strafkammer zurückverwiesen. In der erneuten Verhandlung wurden Landgerichtsrat Hoffman und Justizrat Strahmann, die ebenfalls Vorsitzende beim Mietminderungsamt waren, als Zeugen vernommen. Beide erklärten übereinstimmend, daß sie das Verfahren des Angeklagten für unzulässig hielten. Staatsanwaltschaftsrat Schmidt hielt die Anklage der passiven Bestechlichkeit für vorliegend. Durch die Verurteilung hätten sich die Angeklagten des Betruges schuldig gemacht. Das Verfahren des Angeklagten Heffst als des Hauptbeteiligten sei durchaus verwerflich. Der Staatsanwalt beantragte, sämtliche Angeklagten zu der früheren Strafe zu verurteilen. Rechtsanwalt Dr. Alsbach hielt nicht nur die Bestechung für nicht vorliegend, sondern auch den Tatbestand des Betruges nicht für gegeben. Die Angeklagten hätten keinen Verzug ertrotzt. Es sei hier etwas geleistet worden, was außerhalb der Tätigkeit der Spruchkammer lag. Das Landgericht sprach die Angeklagten bis auf den Regierungsrat Heffst frei, den es wegen Betruges zu 3000 M. Geldstrafe verurteilte, weil er als Jurist hätte wissen müssen, daß die Parteien nicht besonders zu zahlen brauchten, und weil er diese Tatsache verschwiegen habe.

### 66 Millionen Mark Schmerzensgeld.

Nach fast 10jähriger Dauer entschied das Landgericht I Berlin einen Prozeß, den ein Repräsentant der Porzellanfabrik Leichter gegen die auf Zahlung von Schadenersatz und Schmerzensgeld wegen eines erlittenen Autounfalls angestrichelt hatte. Das Urteil ist in mehrfacher Beziehung für das rechtsuchende Publikum von ganz besonderem Interesse. Ende November 1913 wurde der Kläger vom Prokuristen der Firma Leichter erlöst, ihn auf einer Geschäftsreise nach Dresden in einem Auto zu begleiten, um dort Kunden der Firma zu besuchen. Unterwegs verunglückte das Fahrzeug. Der Kläger wurde so schwer verletzt, daß er völlig arbeitsunfähig wurde. Da die Vergleichsverhandlungen zu keinem Ziele führten, ließ der Verunglückte durch Rechtsanwalt Dr. Walder gegen die Firma Leichter Klage einreichen, die sich vor allem darauf stützte, daß die Firma als Arbeitgeberin für das „Arbeitsgerät“, das sie ihrem Repräsentanten zur Verfügung stellte, verantwortlich ist. Als Arbeitsgerät sei hier das Automobil, welches der Kläger auf Befehl des Prokuristen der Firma zu benutzen hatte, anzusehen. Alle Instanzen billigten diese Ansicht und verurteilten die Firma L. zur Leistung des vollen Schadenersatzes nebst Schmerzensgeld. Wegen der Höhe der Ansprüche wurde die Sache vom Reichsgericht an das Landgericht zurückverwiesen. Als Schadenersatz für die eingetretene Erwerbsunfähigkeit wurden dem Kläger 6 Millionen Mark jährlich und als Schmerzensgeld 10 Millionen Mark zugesprochen. Außerdem berechnete das Reichsgericht unter Zugrundelegung der Reichsrentenliste einen Verlust von 60 Millionen Mark, den der Kläger in den vorhergehenden Jahren dadurch erlitten habe, daß er nicht rechtzeitig von der Firma L. die fällige Schadenersatz erhalten hatte.

### „Erfolg“ des Mieterstreiks.

Der Ausschuss für Wohnungsverhältnisse teilt mit: Seit dem 1. März d. J. ist in einzelnen Bezirken Berlins von verschiedenen Mietern die Zahlung der Miete verweigert worden. Der größte Teil der Mieter, die damals die Mietzahlung eingestellt haben, hat inzwischen freiwillig oder infolge gerichtlichen Vorgehens seitens der Vermieter die Zahlung geleistet. Es liegt im eigenen Interesse der mit der Miete noch rückständigen Mieter, sobald als möglich die Mieten an die Vermieter abzuführen. Bei weiterer Verweigerung der Zahlungen setzen sie sich der Gefahr aus, daß ihnen durch ein gerichtliches Vorgehen der Vermieter erhebliche Kosten entstehen und sie infolge einer Kündigung seitens der Vermieter ihre Wohnungen verlieren.

### Wirtschaftsnot und Sondersteuern.

Die wirtschaftliche Not der Gegenwart wirkt sich besonders katastrophal auf eine Reihe von Gewerbebetrieben aus, die ihren Verdienst aus dem Streben ihrer Mitmenschen nach Erholung, nach Entspannung oder auch nach Bequemlichkeit und Luxus zu ziehen gewohnt sind. Seit der breite Zustrom der Ausländer in Berlin zu einem schmalen Wächlein geworden ist, seit Mittelstand und Arbeiterklasse bei dem ständig sinkenden Reallohn ihre Ausgaben auf das Lebensnotwendigste beschränken müssen, sind diese Gewerbebetriebe zum Teil in eine außerordentlich schwierige Lage geraten. Es ist verständlich, daß sich der Unmut bei dieser Sachlage zunächst gegen die fiskalischen Sondersteuern richtet, die dem einzelnen Gewerbe noch auferlegt sind.

Die Stadt ist zwar nicht in der Lage, solche Steuern daraufhin leichtfertig zu erlassen, da dadurch der gesamte, so mühselig balancierte Etat ins Wanken geriete und da überdies die Erhebung bestimmter Steuern — z. B. der Vermögenssteuer — reichsgesetzlich den Kommunen vorgeschrieben ist. Andererseits kann sich eine Stadtgemeinde in dieser Frage, wo die Existenz ganzer Gewerbebetriebe und ihrer Arbeitnehmer auf dem Spiele steht, nicht lediglich von fiskalischen Gesichtspunkten aus lassen. Sie wird mit einer an sich gerechtfertigten Anpassung derartiger Steuern an die inzwischen eingetretene Geldwertverminderung unter Umständen zurückhalten müssen, wenn die Befolgung des Gesetzes eine solche Belastung nicht gestattet. Aus dieser Erwägung heraus hat die Finanzdeputation sich entschlossen, die

Steuer für musikalische Darbietungen in Restaurants und Cafés auf durchschnittlich ein Viertel der vorgelegten Steuersumme herabzusetzen und bei der Kraftdrofsteuerversteuer den bisherigen Pauschalbetrag von 11 000 M. im Monat vorläufig weiterbestehen zu lassen, abgesehen dadurch die Steuer von 10 Proz. auf wenig über 2 Proz. herabgedrückt wird. In beiden Gewerben ist die Notlage ganz besonders schwer. Die Kraftdrofsteuerversteuer müßte zurzeit 12, ja 16 und noch mehr Stunden Dienst tun, um überhaupt die bescheidenste Einnahmesumme zu erzielen, und die Musiker befürchteten mit Recht von einer zu starken Anspannung der Steuer vermehrte Entlassungen und vermehrte Arbeitslosigkeit. Unnötige Störungen des Wirtschaftslebens müssen aber gerade jetzt mehr als je vermieden werden, und auch die Steuerpolitik muß heute mehr als je ein Glied der Gesamtpolitik sein, muß auf wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten gebührend Rücksicht nehmen. Wenn das im Reich zurzeit durch den Widerstand der bürgerlichen Parteien nicht zu erreichen ist, so soll die Stadt Berlin mit ihrem starken sozialdemokratischen Einschlag innerhalb der Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.

### Ergebnis der Konsumgenossenschaftswahlen.

#### Ueberragender Sieg der Liste „Genossenschaftsaufbau“.

Sie am verflochtenen Sonntag vollzogenen Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin zeigten folgendes Ergebnis:

Liste Genossenschaftsaufbau	379 Vertreter
Kommunistische Liste	136
Sonstige Listen	12
Unbestimmt (Nachwahl notwendig)	8
Gesamtzahl	535 Vertreter

Wenn in einem spaltenfüllenden Artikel der „Roten Fahne“ vom 21. März zum Ausdruck gebracht wurde, die Wahlen würden zeigen, daß die Kommunisten in Berlin bald von „unserer“ Genossenschaft werden sprechen können, so sehen sich die Moskauer nunmehr arg enttäuscht, denn sie werden in der Generalversammlung, die am 7. Mai ihre erste Tagung abhalten wird, nur etwa ein Viertel der Vertreter stellen. Und dies Ergebnis ist zu verzeichnen, obwohl von kommunistischer Seite alles aufgeboten war, um in der Konsumgenossenschaft den Sowjetstern erglänzen zu lassen. Selbst vor großen Unwahrheiten scheute man, wie gewöhnlich, nicht zurück. So schrieb doch Keith Gutmann in der „Roten Fahne“ an der Spitze eines launigen Artikels, es würden am Wahltag die Delegiertenwahlen zu dem im Mai stattfindenden Genossenschaftstag vorgenommen! In Duzenden von Verammlungen wurden die kommunistischen Sämlinge für den Wahltag gedrillt. Und trotzdem nun die offenkundige Niederlage der Kommunisten! Die Wahlbeteiligung liegt leider zu wünschen übrig; während in einzelnen Wahlbezirken die Wahlbeteiligung bis zu 80 Proz. betrug, sank sie in anderen Bezirken bis unter 10 Proz. Da, wo unsere Genossen sich rührig zeigten, gelang es ohne große Mühe, sämtliche Mandate zu erringen; die kommunistischen Mandate stammten fast reißlos aus Bezirken, in denen unsere Genossen sich lässig erwießen. Fest steht nach diesem Wahlgang, daß, wenn unsere Genossen den Vorgängen in der Genossenschaft die gebührende Beachtung schenken, die Moskauer den Gedanken für immer aufgeben müssen, in der Genossenschaft zur Herrschaft zu gelangen und sie zum Werkzeug ihrer Feindschaft zu machen.

### Schwere Strafen für Kokainschieber.

Das gemeingefährliche Treiben von Kokainschiebern wurde von der Strafkammer des Landgerichts III mit schweren Strafen belegt. Die Kaufleute Kay und Witthoest aus Hamburg hatten zusammen mit einem berüchtigten Kokainschieber Kroeger, der auch in politische Affären mehrfach verwickelt war und für den sich das Auswärtige Amt vielfach interessiert, einen Posten von vier Kilogramm Kokain aus dem Hamburger Freihafen herausgebracht und versucht, es weiter zu verzeilen. Kroeger ist geflohen und soll sich im Ausland befinden. Die beiden anderen Angeklagten, die sich nunmehr zu verantworten hatten, entschuldigten sich damit, daß Freistreiberei und Kettenhandel für Waren aus dem Freihafen nicht in Frage kommen könnten. Das Gericht war aber der Meinung, das internationale Opiumabkommen bezwecke, den Handel auch außerhalb der Zollgrenzen zu erfassen. Der Staatsanwalt Dr. Ueberhorst beantragte mit Rücksicht auf die Gefährdung der Volksgesundheit durch die Verbreitung dieses schädlichen Betäubungsmittels im Publikum hohe Strafen. Das Gericht erkannte gegen Kay auf drei Monate Gefängnis und eine Million Mark Geldstrafe; es bewilligte dem Angeklagten aber eine Aussetzung der Gefängnisstrafe gegen die Zahlung einer weiteren Buße von fünf Millionen Mark. Witthoest erhielt zwei Wochen Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe.

### Förderklassen für höhere Lehranstalten.

Für die Aufnahme von Kindern in die Sertze der höheren Lehranstalten wird die Ablegung einer Prüfung gefordert, bei der ein Maß von Kenntnissen nachzuweisen ist, das normalerweise erst nach vierjährigem Besuch der Volksschule erreicht wird. Durch die Aufhebung der Michaelsprüfungen ist hier eine Unstimmigkeit entstanden. Kinder, die zu Michaels 1920 eingeschult wurden, können erst zu Ostern 1925, also nach 4 1/2jährigem Schulbesuch, in eine höhere Lehranstalt übertreten. Um diesem Uebel abzuhelfen und um die Schulzeit nicht unnötig zu verlängern, verlangte ein Antrag an die Stadiverordnetenversammlung die Einführung von Förderklassen, in denen die für den Uebertritt in höhere Lehranstalten vorgesehenen Studien, die Michaels 1920 eingeschult wurden, so gefördert werden, daß sie zu Ostern 1924 die Reife für die Sertze erlangt haben. Der Ausschuss, der sich am 26. März mit diesem Antrag beschäftigte, hat ihm im wesentlichen zugestimmt. Ausdrücklich wurde aber betont, daß es sich nur um eine Ausnahme für diesen Fall handelt. Förderkurse als dauernde Einrichtung, sondern im Ausschuss keine Sympathie, sie sind auch nicht notwendig, da später der Lehrplan der Grundschule den Aufstieg in die höhere Lehranstalt ohne weiteres zuläßt.

Großfeuer kam am Donnerstag auch noch unbekannter Ursache bei den Opel-Werken in der Courdiörest. 14 zum Ausbruch. Als die Schicht aus Berlin, Charlottenburg und Schöneberg auf mehrmaligem Alarm an der Braubühlstraße eintrafen, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon an mehreren Stellen in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Wehr über zwei mechanische Leitern und die bereits total verqualmten Treppen fünf Schlauchleitungen legen mußte. Nach mehrstündigem Köchen konnte sie nachmittags wieder abdrücken. Der Dachstuhl ist niedergebrannt.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich reger. Fische ausreichend, Geschäft reger. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft still.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 2900—3700 M., ohne Knochen 3900—4200 M., Schweinefleisch 3500—4200 M., Kalbfleisch 2900—3900 M., Hammelfleisch 3000 bis 4200 M., Schellfisch 1000—1800 M., Kabeljau 800—1800 M., Ritzungen 1400—1500 M., Grüns Heringe 350—500 M., in Eis: Schiele 2500—3000 M., Hechte 1500—2400 M., Labanda Schiele 3000—4000 M., Hechte 2500—3000 M., Karpfen 3000—3500 M., Naturbutter 800 bis 9500 M., Margarine 2500—3500 M., Schweineschmalz 3400—3500 M., Eier 340—350 M., das Stück, Weiskohl 180—220 M., Wirsingkohl 200 bis 260 M., Rotkohl 300—400 M., Mohrrüben 100—120 M., Kohlrüben 100—130 M., Kartoffeln 350—400 M., sahn Pfund.

### Zur Beschaffung von Siedlungsland.

#### Das Volksbegehren auf Ergänzung des Reichs-Siedlungsgesetzes.

Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung hatte, wie bereits gemeldet wurde, zur Beschaffung von Siedlungsland durch Entziehung der Zulassung eines Volksbegehrens auf Ergänzung des Reichs-Siedlungsgesetzes beantragt. Dem Antrag hat der Reichsminister des Innern stattgegeben, und auf Grund des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 und der Reichsabstimmungsordnung vom 1. Dezember 1921 ist das Eintragungsvorhaben für ein Volksbegehren auf folgenden Gesetzentwurf (dessen Hauptforderung schon der im „Vorwärts“ Nr. 104 am 3. März 1923 veröffentlichte Artikel „Um unser Land“ von Wilt. Sollmann-Köln kurz wiedergab) zugelassen worden:

§ 1. Zu einer Ackeranbahnung im Sinne des § 1 des Reichs-Siedlungsgesetzes vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1429) gehören bei Bodenklasse I 50 Morgen, bei Bodenklasse II 60 Morgen, bei Bodenklasse III 70 Morgen, bei Bodenklasse IV 80 Morgen, bei Bodenklasse V 100 Morgen, bei Bodenklasse VI 120 Morgen, bei Bodenklasse VII 160 Morgen, bei Bodenklasse VIII und noch geringerer Bodenklasse 200 Morgen.

§ 2. Wer an Land, Wiesen und Wald mehr als zwei volle Ackeranbahnungen besitzt, ist verpflichtet, ein Drittel der die zweite Ackeranbahnung übersteigenden Fläche an das Land, in welchem sich der Grundbesitz befindet, ohne Entschädigung abzutreten.

§ 3. Die Länder haben diese von den Großgrundbesitzern übernommenen Flächen bis zum Umfang einer Ackeranbahnung an solche Familien in Erbpacht zu vergeben, die noch kein Land oder noch keine volle Ackeranbahnung besitzen.

§ 4. Die Höhe der Erbpacht beträgt 5 Proz. des Wertes der Grundstücke im Jahre 1914. Die Einziehung der Erbpacht erfolgt durch die Verwaltungsbehörden.

§ 5. Soweit auf Grund des § 2 Waldflächen an die Länder abgetreten werden, sind sie zur Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung vom Staate zu verwalten.

§ 6. Solange keine Familien auf Uebertragung der Grundflächen anfragen, kann das Land die Grundflächen in größerem Umfang an die bisherigen Besitzer oder an andere Landwirte in Erbpacht zur Bewirtschaftung überlassen. Die Erbpacht ist in solchen Fällen nach § 4 zu berechnen.

Die Eintragungsfrist ist auf die Zeit vom 18. April bis einschließlich 1. Mai festgesetzt worden.

Die „Kinderdiebin“ endlich verhaftet. Ueber 100 Kinder bestohlen hat eine ganz gefährliche Schwinderin, die jetzt endlich unschädlich gemacht wurde. Eine Arbeiterin Elise Giese aus der Koloniestr. 122, die seit Monaten ohne Beschäftigung war, machte sich auf der Straße an spielende kleine Mädchen heran und verpackt ihnen Schokolade, Puppen, Puppenlappen oder auch Geld. Die Kleinen folgten der liebenswürdigen „Tante“ in Erwartung der Beschenke, wozu sie sie auch führte, einmal sogar bis Karlshorst. Dort draußen wurden die armen Kleinen dann ausgeplündert und hilflos ihrem Schicksal überlassen. Gestern nachmittag wurde wieder ein dreijähriges Mädchen in der Linienstraße auf diese Weise der Ohringe beraubt. Der Vater nahm sofort mit anderen Leuten die Verfolgung auf, und es gelang endlich, die Schwinderin zu fassen. Sie wurde der Polizei übergeben; die Dienststelle des Kommissars Dräger, Zimmer 133, nimmt weitere Mitteilungen entgegen. Die Verhaftete ist geständig, kann sich aber bei der Masse der Fälle der einzelnen Diebstähle nicht mehr erinnern. Festgestellt ist schon, daß sie für mindestens vier Millionen Mark erbeutete. Die Schmuckstücke verkaufte sie stets sofort auf der nächsten Metallaukaufsstelle.

Freigabe auf Kohlenkarten und Kohlenbezugscheine der Ausgabe 1923/24. Ab 1. April 1923 wird Abschnitt 1 der 5-Zentner-Kohlenkarte und Abschnitt 1 und 2 der 10—70-Zentner-Kohlenkarte (Ausgabe 1923/24) mit der doppelten Menge zur Befreiung freigegeben. Die Kohlenkarten der Ausgabe 1921 verlieren mit dem 31. März 1923 ihre Gültigkeit. Dagegen dürfen die alten Sanderkarten auch über diesen Termin hinaus weiter beliefert werden. Vom 1. April werden freigegeben zur Befreiung in Steinkohlen und Briketts auf Kohlenbezugscheine für Zentralheizungsanlagen 1923/24: 1. für Geschlechteräume usw. 40 bzw. 25 Proz., 2. für Schulen 50 bzw. 25 Proz., für Krankenhäuser usw. 50 bzw. 25 Proz., für Kirchen usw. 30 bzw. 25 Proz.; auf Kohlenbezugscheine für Dfenbrand 1923/24: 1. für die im § 58 der Verordnung des Magistrats vom 30. März 1921 genannten Verbraucher; mit Ausnahme der Kirchen, Kapellen und Synagogen 50 bzw. 25 Proz., 2. für Kirchen usw. 30 bzw. 25 Proz.; auf Kohlenbezugscheine für Warmwasserbereitungsanlagen 1923/24: 40 bzw. 25 Proz.

Änderung von Straßenbahnmonatskarten auf den Bahnhöfen. Eine wesentliche Erleichterung für die Inhaber von Monatskarten bei erforderlich werdender Änderung der Linienbedürftigkeit ist von der Straßenbahn jetzt dadurch geschaffen, daß zum bevorstehenden Monatswechsel ab der Umtausch von Linienbedürftigkeit außer in der Hauptausgabestelle am Leipziger Platz auch auf allen Betriebsbahnhöfen in der Zeit des Wertmarktenverkaufs erfolgen kann. Die Änderung der Karten wird jedoch nur bei gleichzeitiger Lösung der Wertmarke, bei Eintritt von Linienveränderungen auch außer der Zeit, in jedem Falle aber nur bei Vorlage der Monatskarten vorgenommen. Lose Deablätter werden nicht verabsolgt.

Tödlicher Eisenbahnunfall beim Bestiegen eines Ringbahnzuges. Auf dem Bahnhof Prenzlauer Allee geriet der Buchhändler Hugo Friedrich zwischen Trilbrett und Bahnsteig. Er wurde durch Querschnitte so schwer verletzt, daß er auf der Stelle verstarb. Die Leiche ist dem Schauhause zugeführt worden.

Ein fasscher Schornsteinfeger. Nach dem Ruster des noch immer nicht gefassten Feuertassenwindlers arbeitet ein Betrüger mit gefälschten Schornsteinfegerrechnungen, die er den Hausbesitzern zur Bezahlung vorlegt. So gab er in Treptow bei der Firma Erich u. Graß eine auf einen gar nicht existierenden Bezirkschornsteinfegermeister P. Reinhard lautende Rechnung über 17 200 M. ab, ähnliche Rechnungen, die alle keinen Geschäftsstempel tragen, auch in der Lohmühlenstraße. An diesen Stellen hat man den Schwindel noch rechtzeitig erkannt. Der Betrüger, der möglicherweise mit dem Feuertassenwindler identisch ist, kommt natürlich nicht zum zweiten Male, wenn er nicht sofort Zahlung erhält.

Das Volkshilfskomitee Kreuzberg bringt am Freitag, 27. April, abends 8 Uhr, in der neuen Welt, Halenbeide 108/114, das Resoume von Verbi unter Mitwirkung des Volkshörers (Dirigent Dr. Jander), des verstorbenen Einlenie (Sänger) Erbacher und mehrerer Solisten. Karten sind an der Abendkasse und im Bore-fall im Bezirkamt Kreuzberg, Nordstr. 11, Zimmer 16, und in den Steuerstellen des Bezirks sowie in der Nordwärts-Buchhandlung, Lindenstr. 3, erhältlich.

Verzinsung der Freunde für Religion und Väterfrieden. Freitag, 30. März, nachm. 4 1/2 Uhr, in der Mittelstraße 1, Steinhilfenstraße: Sozialistische Feierkunde. Gen. Vortr. Dieter spricht zu dem Thema: Stellvertretendes Leben.

Eine Gesundheitswoche für Lehrer und Lehrerinnen, veranstaltet vom Landesverband für hygienische Volksbildung in Schulen und dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht findet in der Zeit vom 3. bis 7. April in Berlin statt. Der Lehrgang besweht die Einführung der Lehrpläne in den Stoff und die Methode des hygienischen Unterrichts. Referat soll gezeigt werden, wie der Arbeitsgehalt auch in diesem Maße verwirklicht werden kann. Die Teilnahme ist allen Lehrern frei. Anmeldungen sind bis zum 30. März unter gleichzeitiger Einzahlung einer Einzahlungsbüße von 100 M. an die Geschäftsstelle des Reichsvereins für Volksbildung, Berlin, R. B. 6, Wulkenplatz 2-4 (Vollständigkeitskonto: Berlin 7626) zu tätigen.

Der Tod unter Tag. Auf den Jochen Uebendach 1—2 und Brambauer im Ruhrgebiet sind in der Nacht zum 28. März bei Reuabämmungsarbeiten in einem alten bereits abgedämmten Brandfasse vier Reparaturarbeiter durch aufstrebende Brandgase zu Tode gekommen. Fünf weitere Bergleute, die gefährdet waren, sind durch Rettungsmannschaften lebend geborgen worden.







